

Wachsender Rückhalt für die Europäische Union

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2018). *Wachsender Rückhalt für die Europäische Union*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58250-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Wachsender Rückhalt für die
Europäische Union**

Vertraulich!

INHALT

	Seite
WACHSENDER RÜCKHALT FÜR DIE EU	1
WACHSENDES VERTRAUEN IN DIE GEMEINSCHAFTSWÄHRUNG	6
DIE AGENDA DER BÜRGER FÜR DIE EU	11
INTERESSENKONFLIKTE IN DER EU	18
SCHLÜSSELROLLE IM REFORMPROZESS	24
ZURZEIT RELATIV GROSSES INTERESSE AN EUROPÄISCHEN THEMEN	29

<u>TABELLENTEIL</u>	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I

TABELLEN	Tabelle
----------	---------

Europäische Union

Zustimmung zu "Europa ist unsere Zukunft"	1
Interesse	
• an Europapolitik	2
• an dem aktuellen Geschehen in anderen EU-Mitgliedsländern	3
Grundhaltung zur europäischen Vereinigung	4
Vertrauen in die Europäische Union	5

Tabelle

Einfluss von auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen auf den eigenen Alltag	6
Angelegenheiten, um die sich die EU derzeit besonders kümmern sollte	7 a-d
Sollten die Länder der Euro-Zone in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen?	8
 <u>Deutschland in der EU</u>	
Größe des Einflusses von Deutschland in der EU	9
Veränderung dieses Einflusses in den letzten zwei, drei Jahren	10
Profitiert Deutschland von seiner EU-Mitgliedschaft?	11
Ist die Mitgliedschaft in der EU für die Zukunft Deutschlands von Vorteil?	12
Hat man den Eindruck, dass Deutschland in Europa isoliert ist?	13
Steht Deutschland im Umgang mit der Flüchtlingsfrage in Europa weitgehend allein?	14
 <u>Unterschiede und Gemeinsamkeiten der EU-Mitgliedsländer</u>	
Gemeinsamkeiten und Gegensätze der EU-Länder	
• Was überwiegt?	15
• Welches sind die Gemeinsamkeiten/Unterschiede?	16 a-h
• Wie groß ist die Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union?	17
 <u>Europäische Währung</u>	
Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung	18
Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?	19

Tabelle

Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen?	20
Wird es in 10 Jahren den Euro noch geben?	21
Ist die Euro-Krise im Wesentlichen ausgestanden?	22

Zukunft der Europäischen Union

Sind grundlegende politische Reformen in der EU notwendig?	23
Kommt es zu grundlegenden Reformen in der EU?	24
Sollte Deutschland bei Reformen innerhalb der EU eine führende Rolle einnehmen?	25
Sollte es in der Zukunft einen gemeinsamen europäischen Staat geben oder weiterhin ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten?	26
Sollten die Länder der Euro-Zone mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen?	27
Befürworter einer engeren Zusammenarbeit der Mitgliedsländer im Bereich Sicherheit und Verteidigung	28

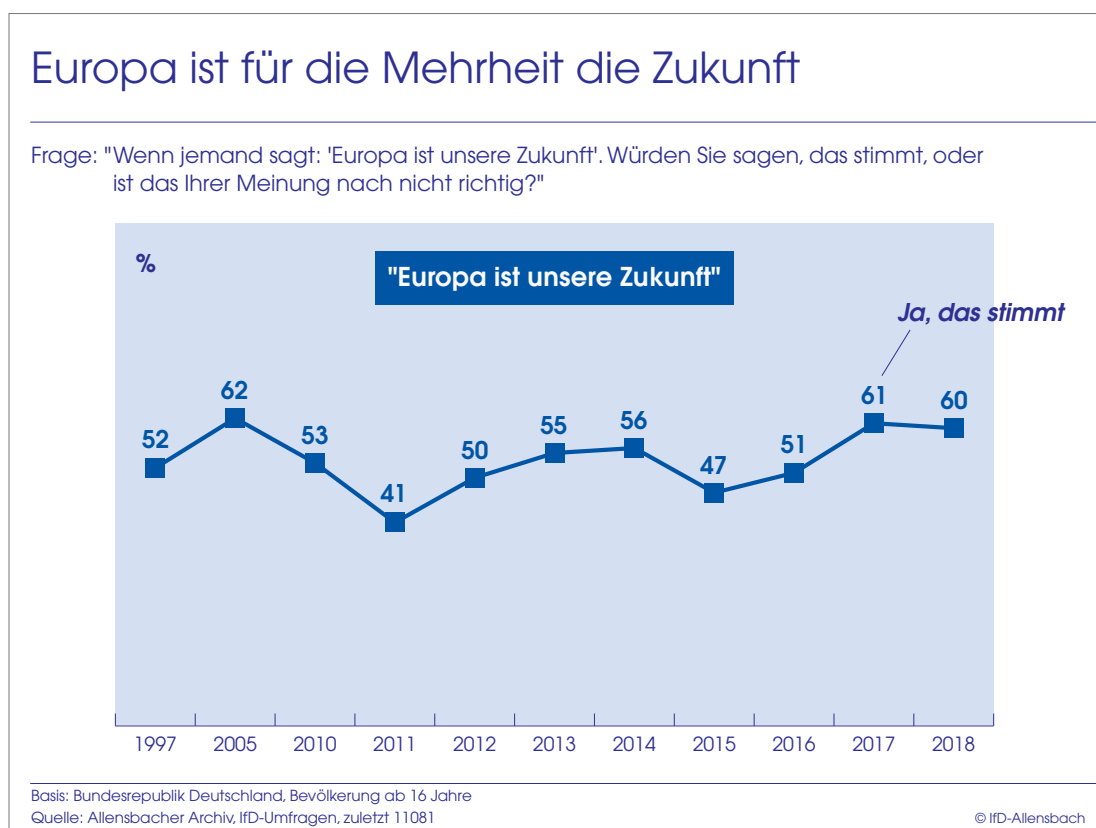
ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogensauszug mit Anlagen

WACHSENDER RÜCKHALT FÜR DIE EU

Während die Verhandlungen über den Austritt eines der wichtigsten Mitgliedsländer voranschreiten, nimmt in Deutschland das Vertrauen in die EU und auch die Gemeinschaftswährung signifikant zu. Über die letzten 20 Jahre hinweg hatte die Mehrheit der Bevölkerung nur einmal Zweifel, dass die Einbindung in Europa die Zukunft ist; dies war in der Phase der Fall, in der die Griechenlandkrise eskalierte und weite Teile der Bevölkerung gravierende Auswirkungen auf die ökonomische Situation in ganz Europa befürchteten. Damals waren nur noch 41 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass die Zukunft des Landes in Europa liegt und nicht in einem rein nationalen Weg. Zurzeit sind davon sechs von zehn Bürgern überzeugt wie auch schon 2017.

Schaubild 1



Noch größer ist der Anteil der Bevölkerung, der sich grundsätzlich für die europäische Vereinigung ausspricht. 71 Prozent der Bevölkerung unterstützen die europäische Integration, lediglich 11 Prozent sprechen sich dezidiert dagegen aus. In den letzten zwei Jahren hat die Unterstützung für den europäischen Weg zugenommen, während der Kreis der Gegner geschrumpft ist: 2016 sprachen sich 67 Prozent für die europäische Integration aus, jetzt 71 Prozent; der Kreis der Gegner hat sich von 15 auf 11 Prozent vermindert.

Schaubild 2

Wachsende Unterstützung für den europäischen Weg		
Frage: "Wie sehr sind Sie für oder gegen die europäische Vereinigung? Würden Sie sagen ..."		
	2016	2018
	%	%
"sehr dafür"	15	21
"im Großen und Ganzen dafür"	52	50
"mir ziemlich egal"	12	12
"im Großen und Ganzen dagegen"	13	9
"sehr dagegen"	2	2
Weiß nicht, keine Antwort	6	6
	100	100

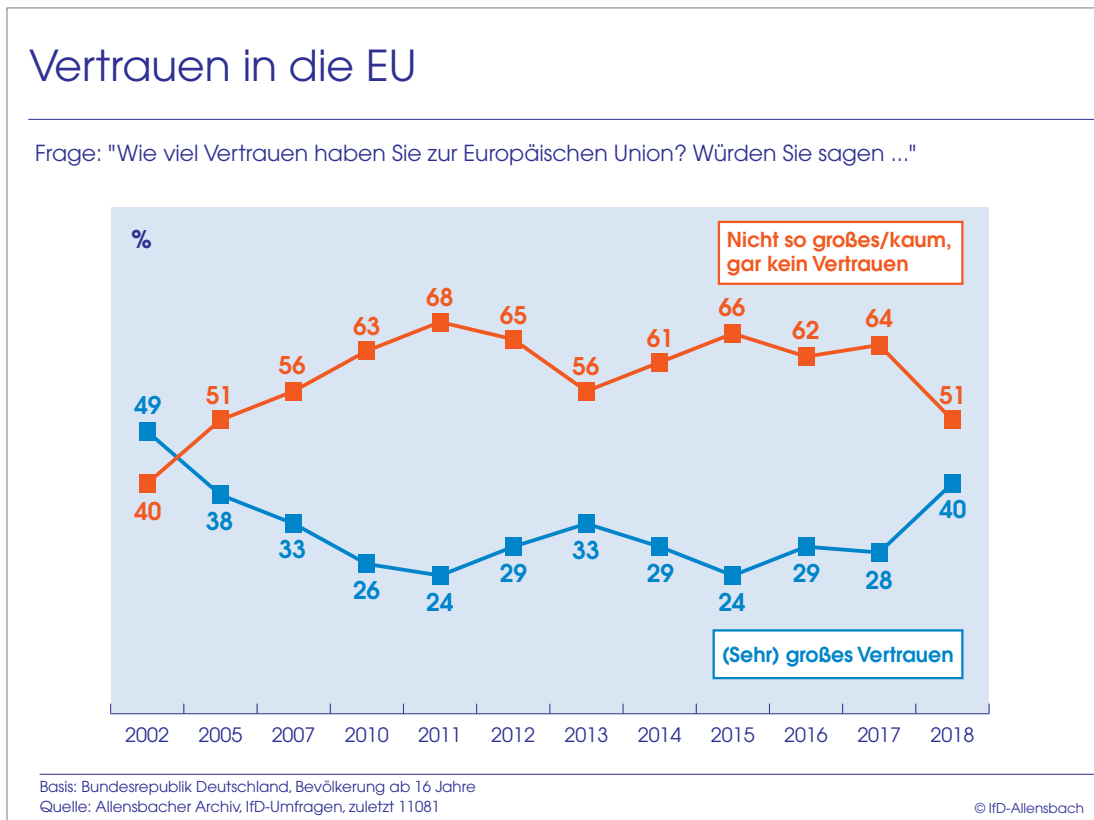
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11056, 11081

© IfD-Allensbach

Auch das Vertrauen in die Europäische Union zeigt eine bemerkenswerte Veränderung. Bei aller grundsätzlichen Unterstützung war das Vertrauen in die EU meist nicht sonderlich groß. Lediglich 2002, nach der gelungenen Einführung des Euro, überwog das Vertrauen gegenüber der Skepsis. Seither war der Anteil der Bevölkerung, der nicht sonderlich großes oder sogar nur geringes Vertrauen in die EU

bekundete, immer signifikant größer als der Kreis derjenigen, die Vertrauen in die Europäische Union setzen. In letzter Zeit ist jedoch eine deutliche Verbesserung des Meinungsbildes festzustellen: Seit dem Frühjahr 2017 ist der Anteil, der Vertrauen in die EU bekundet, von 28 auf 40 Prozent angestiegen, der Kreis der Skeptiker von 64 auf 51 Prozent zurückgegangen.

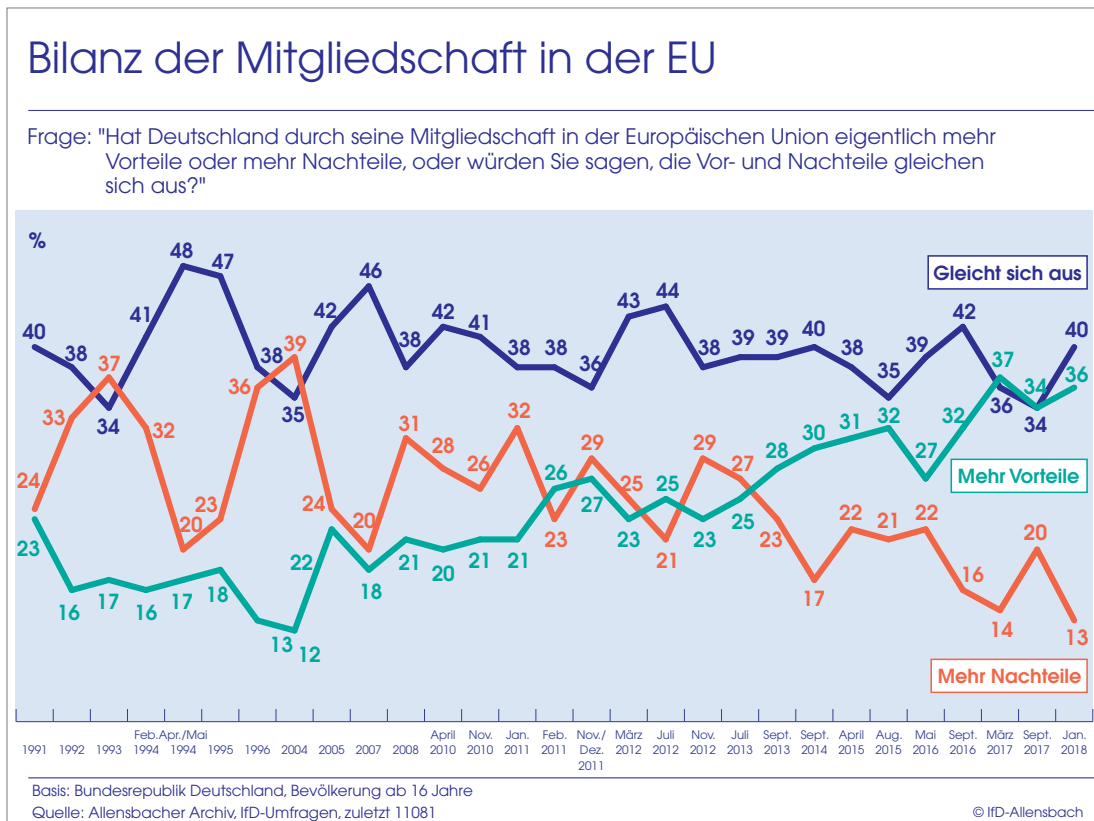
Schaubild 3



Dass immer noch die Skepsis überwiegt, widerspricht nicht der grundsätzlichen Befürwortung des europäischen Wegs durch die große Mehrheit. Wie an späterer Stelle noch gezeigt wird, hält die Bevölkerung die EU für reformbedürftig, aber nur begrenzt reformfähig. Dies beeinflusst das Vertrauen in die bisherige Umsetzung des europäischen Projekts.

Auch andere Indikatoren zeigen jedoch, dass sich die Grundhaltung zur Europäischen Union verbessert. Dies zeigt auch die Bilanz der Mitgliedschaft in der EU; der Anteil der Bevölkerung, der die Mitgliedschaft in der EU überwiegend mit Nachteilen für Deutschland assoziiert, ist auf einem Tiefpunkt angekommen. Lediglich 13 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union überwiegend Nachteile erleidet. Demgegenüber sehen 36 Prozent überwiegend Vorteile, weitere 40 Prozent gehen davon aus, dass Vor- und Nachteile in der Balance sind.

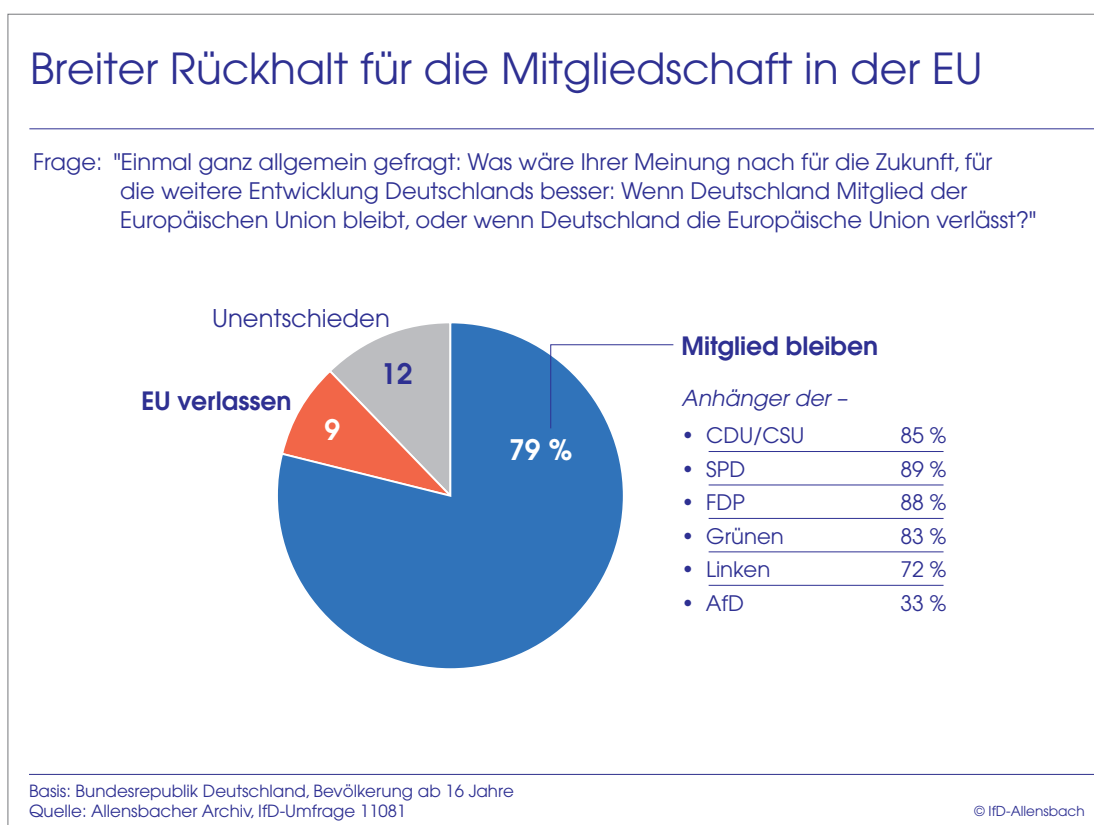
Schaubild 4



Diese Bilanz wirkt auf den ersten Blick bemerkenswert ambivalent, trotz der positiven Entwicklung. Die Reaktionen auf eine andere Frage machen jedoch deutlich, dass viele mit der Antwort "Vor- und Nachteile gleichen sich aus" primär zu Protokoll geben wollen, dass es neben Vorteilen durchaus auch kritische Punkte gibt. Wenn die Frage härter gestellt wird, nämlich ob Deutschland eine bessere Entwicklung in oder

außerhalb der EU nehmen würde, ist das Ergebnis völlig eindeutig: 79 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass Deutschland als Mitglied der Europäischen Union eine bessere Entwicklung nehmen wird, lediglich 9 Prozent sehen bessere Chancen für Deutschland außerhalb der EU. Lediglich unter den Anhängern der AfD überwiegt die Überzeugung, dass es für Deutschland vorteilhaft wäre, die EU zu verlassen: 47 Prozent der AfD-Anhänger sind davon überzeugt, während 33 Prozent eine bessere Zukunft im europäischen Verbund sehen. Bei allen anderen Parteien gibt es im Anhängerkreis einen breiten Konsens, dass die Mitgliedschaft Deutschland eine bessere Zukunft verspricht. Das gilt auch für die Anhänger der Linken, von denen 72 Prozent diese Position vertreten und lediglich 6 Prozent überzeugt sind, dass Deutschland außerhalb der EU bessere Chancen hätte.¹

Schaubild 5



¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 12.

WACHSENDES VERTRAUEN IN DIE GEMEINSCHAFTSWÄHRUNG

Auch das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung nimmt zurzeit zu, und dies obwohl weite Teile der Bevölkerung skeptisch sind, ob die Krise in der Euro-Zone im Wesentlichen ausgestanden ist. Lediglich 23 Prozent der Bevölkerung sind davon überzeugt, während 48 Prozent befürchten, dass die Krise wieder aufflammt. Insbesondere die ostdeutsche Bevölkerung befürchtet, dass die Situation erneut eskalieren könnte: 45 Prozent der Westdeutschen, aber 59 Prozent der Ostdeutschen erwarten, dass die Krise in der Euro-Zone wieder aufflammt.

Schaubild 6

Krise in der Euro-Zone noch nicht ausgestanden			
Frage: "Glauben Sie, dass die Euro-Krise im Wesentlichen ausgestanden ist, oder rechnen Sie damit, dass die Euro-Krise wieder aufflammt?"			
	Gesamt- deutschland	West- deutschland	Ost- deutschland
	%	%	%
Im Wesentlichen ausgestanden	23	24	18
Flammt wieder auf	48	45	59
Unentschieden	29	31	23
	100	100	100

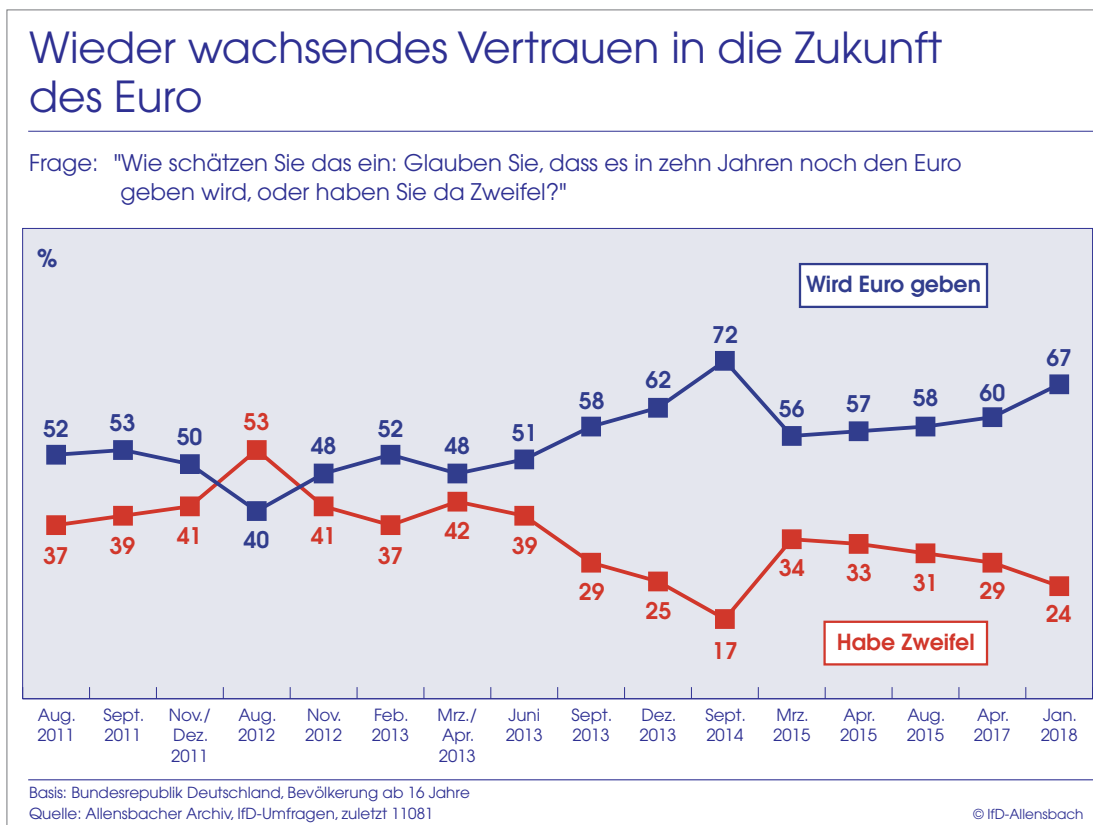
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11081

© IfD-Allensbach

Trotzdem gehen die Zweifel an der Nachhaltigkeit des Euro seit einigen Jahren kontinuierlich zurück. Vor drei Jahren zweifelten 34 Prozent der Bevölkerung, dass es den Euro in zehn Jahren noch geben wird, aktuell noch 24 Prozent. Gegenläufig ist die

Überzeugung, dass der Euro auch in zehn Jahren das Zahlungsmittel Europas sein wird, im selben Zeitraum von 56 auf 67 Prozent angestiegen. 2013 und 2014 bewegte sich das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaftswährung bereits auf ähnlichem Niveau und ging danach aber vorübergehend steil zurück. Besonders kritisch sah die Bevölkerung zur Zeit der Griechenlandkrise die Zukunft der Gemeinschaftswährung: Von dem Sommer 2011 bis zum Sommer 2012 nahm die Skepsis kontinuierlich zu; im Spätsommer 2012 waren 53 Prozent der Bevölkerung skeptisch, ob die Existenz des Euro nachhaltig gesichert ist.

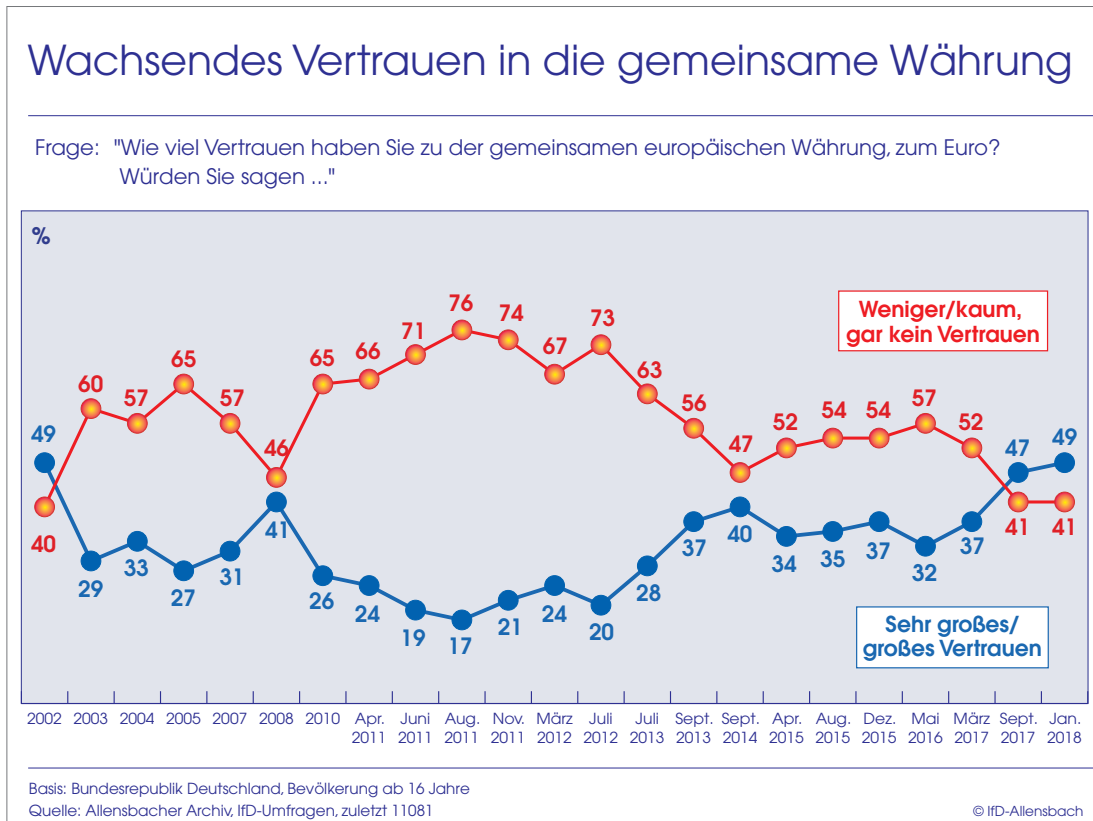
Schaubild 7



Auch das Vertrauen in die gemeinsame Währung hat seit dem Frühjahr letzten Jahres signifikant zugenommen. Noch im März 2017 bekundeten lediglich 37 Prozent der Bevölkerung großes oder sogar sehr großes Vertrauen in die Gemeinschaftswährung, im Spätsommer dann 47 Prozent, aktuell 49 Prozent. Vergleichbar groß war das

Vertrauen in die europäische Währung nur unmittelbar nach ihrer Einführung im Jahr 2002.

Schaubild 8

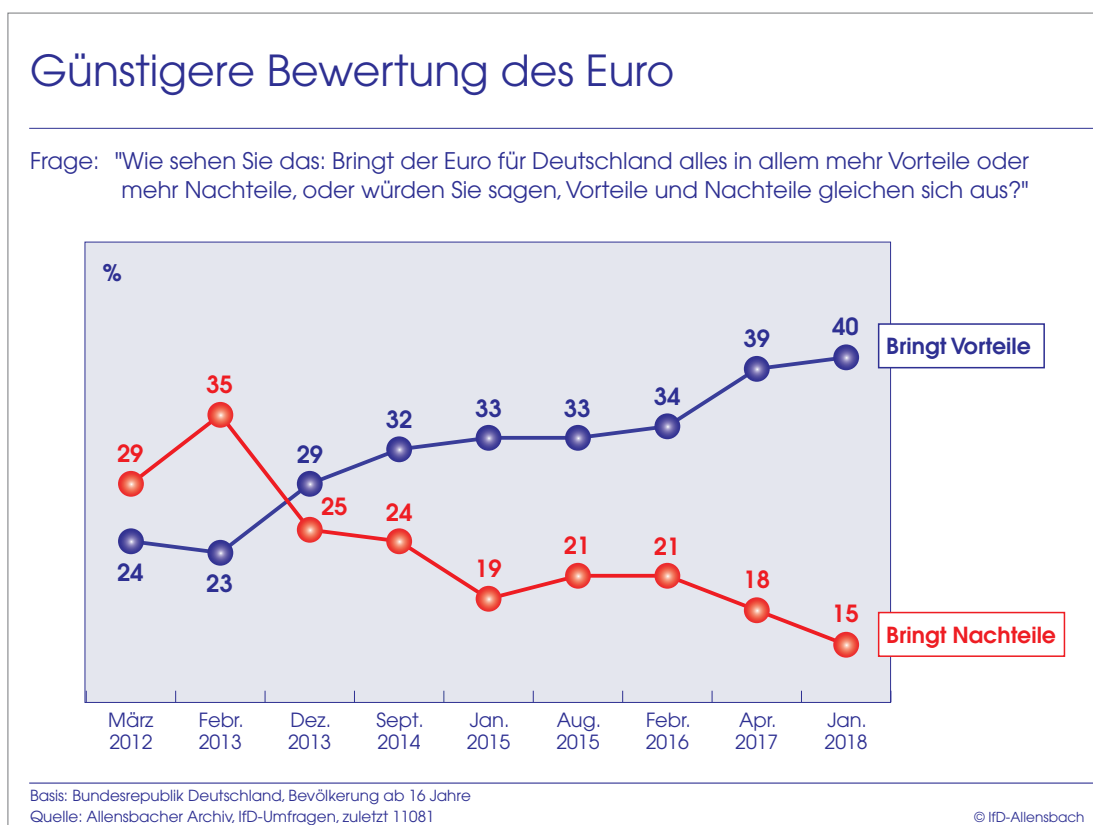


In Westdeutschland ist das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung größer als in Ostdeutschland, in der jungen Generation signifikant größer als in der älteren, bei politisch Interessierten größer als bei Desinteressierten. So bekunden 51 Prozent der westdeutschen, aber nur 39 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung großes Vertrauen in die Gemeinschaftswährung; in der unter 30-jährigen Bevölkerung vertrauen 59 Prozent dem Euro, dagegen nur 45 Prozent der Generation der Großeltern. Auch zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien gibt es hier deutliche Meinungsunterschiede: So bringen die Anhänger der Grünen der Gemeinschaftswährung mit Abstand das größte Vertrauen entgegen, gefolgt von den Anhängern von

CDU/CSU und SPD; zurückhaltender äußern sich die Anhänger von FDP und der Linken, weitüberwiegend skeptisch dagegen die Anhänger der AfD.²

Auch die Überzeugung, dass Deutschland wirtschaftlich von der Gemeinschaftswährung profitiert, nimmt seit einigen Jahren zu. 2012 und auch noch 2013 war lediglich knapp jeder Vierte überzeugt, dass der Euro für Deutschland alles in allem überwiegend Vorteile bringt. 2013 gingen dagegen 35 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass die Nachteile der Gemeinschaftswährung für Deutschland überwiegen. Seither hat sich das Meinungsbild langsam, aber kontinuierlich verbessert. Aktuell sind 40 Prozent überzeugt, dass der Euro für Deutschland überwiegend Vorteile bringt, während nur noch 15 Prozent davon ausgehen, dass die Nachteile überwiegen.

Schaubild 9



² Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 18.

Auch wenn die Fragestellung speziell auf die wirtschaftliche Entwicklung zugeschnitten wird, zeigt sich dieser positive Trend. 2011 gingen noch 40 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass Deutschland wirtschaftlich besser dastehen würde, wenn es nicht Mitglied in der Währungsunion wäre. Davon sind heute nur noch 17 Prozent überzeugt; dagegen hat sich die Einschätzung, dass Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich schlechter dastünde, seit 2011 von 15 auf 33 Prozent erhöht. Jeder Dritte geht davon aus, dass der Euro keine nennenswerten Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation Deutschlands hat.

Schaubild 10

Größerer wirtschaftlicher Erfolg mit oder ohne Euro?

Frage: "Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"

	2011	2013	2014	2015	2018
	%	%	%	%	%
Würde besser dastehen	40	31	22	26	17
Würde schlechter dastehen	15	25	24	28	33
Genauso gut	29	22	33	27	33
Unentschieden, weiß nicht	16	22	21	19	17
	100	100	100	100	100

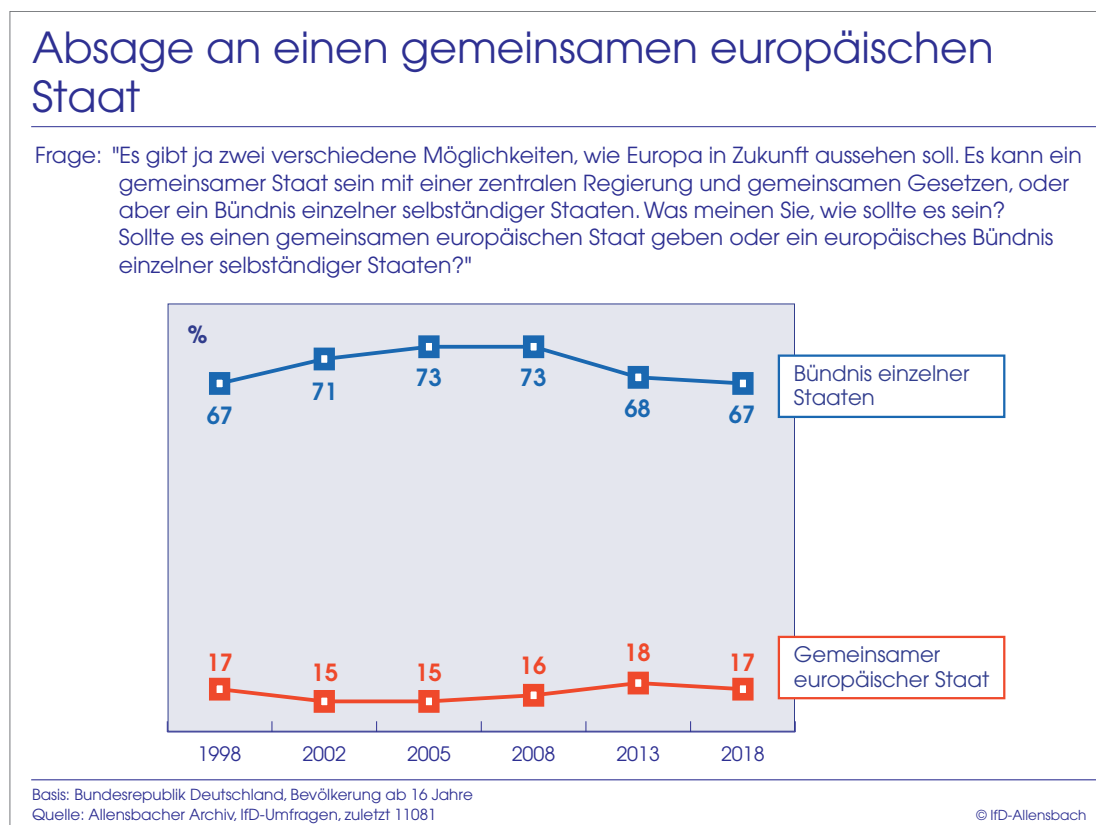
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11081 © IfD-Allensbach

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass es um die wirtschaftlichen Kenntnisse von Teilen der Bevölkerung nicht sonderlich gut bestellt ist. Der über Jahre schwache Euro hat die Exporte des Landes außerordentlich beflügelt. Dies ist jedoch nur einem Teil der Bevölkerung bewusst. Trendanalysen belegen auch, dass das Interesse an Wirtschaftsthemen rückläufig ist, insbesondere in der jungen Generation.

DIE AGENDA DER BÜRGER FÜR DIE EU

Die wieder aufgeflammete Diskussion um die künftige Verfassung Europas, die Bedeutung der europäischen und der nationalen Ebene geht teilweise an den Vorstellungen der großen Mehrheit der Bevölkerung vorbei. Das gilt beispielsweise für die Diskussion über das Leitbild der Vereinigten Staaten von Europa. Die Bevölkerung ist hier seit Langem klar positioniert: Sie befürwortet mit großer Mehrheit ein Bündnis einzelner Staaten und nicht einen gemeinsamen europäischen Staat. Die aktuellen Ergebnisse sind völlig deckungsgleich mit den Ergebnissen, die vor 20 Jahren ermittelt wurden: Damals wie heute sprechen sich 67 Prozent für ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten aus, lediglich 17 Prozent für einen gemeinsamen europäischen Staat.

Schaubild 11



Auch die Übertragung von mehr Kompetenzen an die europäische Ebene wird nur von einer Minderheit befürwortet. Diese Minderheit ist zwar langsam, aber kontinuierlich gewachsen, macht aber auch jetzt nur knapp ein Fünftel der Bevölkerung aus: 2013 sprachen sich 15 Prozent der Bevölkerung grundsätzlich dafür aus, mehr Befugnisse an die EU zu übertragen, 2017 16 Prozent, aktuell 19 Prozent. Dagegen favorisieren 35 Prozent eine partielle Rückverlagerung von Befugnissen an die Nationalstaaten, weitere 26 Prozent die Erhaltung des derzeitigen Status quo.

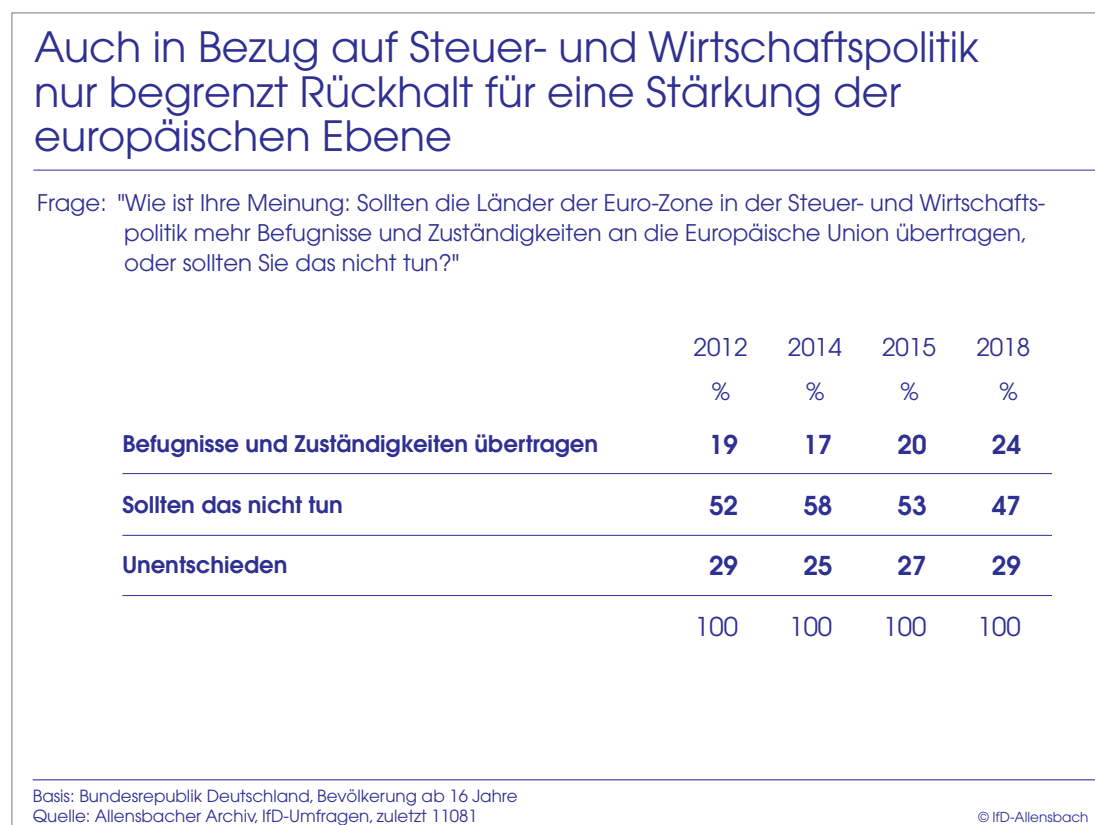
Schaubild 12



Auch Forderungen, die zurzeit unter anderem von dem französischen Präsidenten Macron vorangetrieben werden, speziell in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Befugnisse und Zuständigkeiten auf die europäische Ebene zu übertragen, finden nur bei einer Minderheit Unterstützung. Zwar gilt auch hier, dass die Unterstützung in den letzten Jahren gewachsen ist; auch heute halten dies jedoch nur 24 Prozent für den

richtigen Weg, während sich 47 Prozent dagegen aussprechen. Ein großer Anteil der Bevölkerung, insgesamt 29 Prozent, enthält sich der Stimme.

Schaubild 13



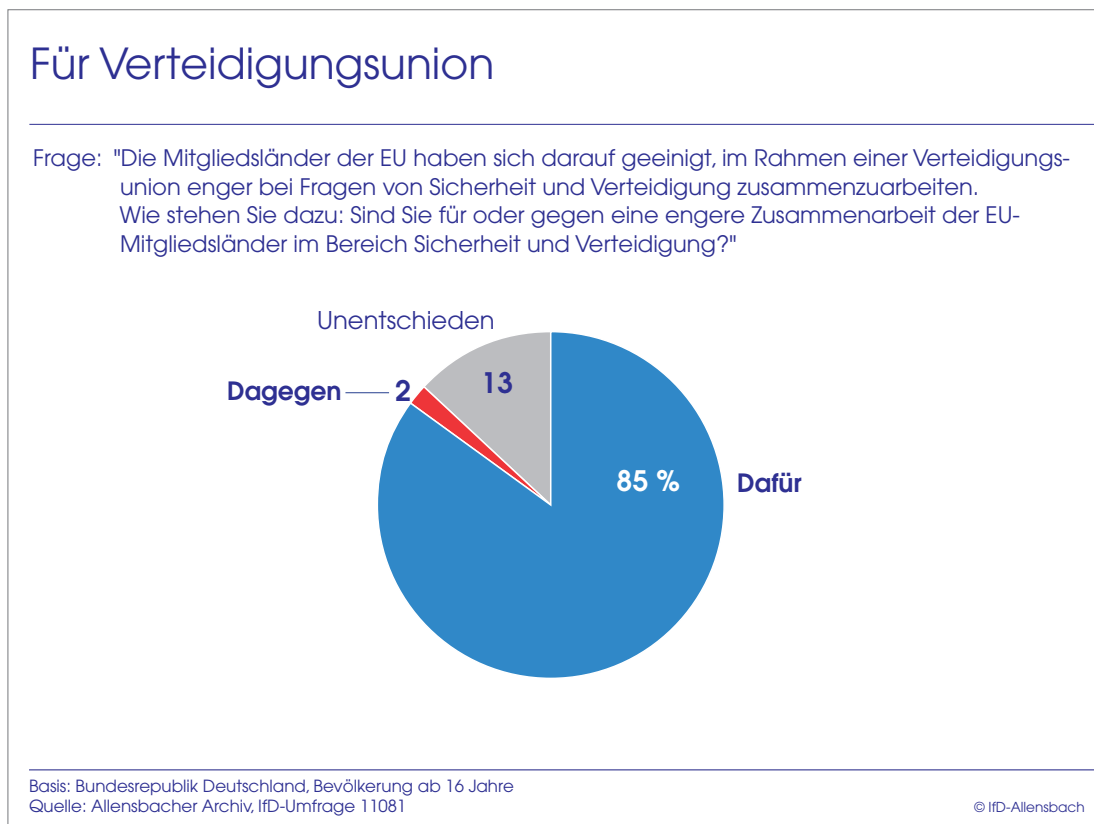
Lediglich die Anhänger der Grünen sprechen sich mit relativer Mehrheit für die Verlagerung von Kompetenzen im Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik auf die europäische Ebene aus. Bei allen anderen Parteien überwiegt die Ablehnung, besonders ausgeprägt im Anhängerkreis der AfD.³

In früheren Untersuchungen wurde jedoch bereits deutlich, dass die Resonanz von Vorschlägen, Kompetenzen auf die europäische Ebene zu verlagern bzw. wesentlich enger zu kooperieren, in hohem Maße von dem Politikfeld abhängig ist, das zur

³ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 8.

Diskussion steht. In Bezug auf die Festlegung von Steuern und Abgaben stand die Bevölkerung immer einer Vereinheitlichung in Europa überwiegend skeptisch gegenüber. Ganz anders ist dies in Bezug auf eine geplante Verteidigungsunion. Hier votiert die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für eine engere Kooperation im Rahmen einer solchen Verteidigungsunion. 85 Prozent der Bevölkerung sprechen sich dafür aus, lediglich 2 Prozent dagegen.

Schaubild 14



Generell wünscht sich die Bevölkerung in mehreren Politikfeldern eine engere Kooperation und insbesondere auch ein stärkeres Engagement der EU. Das gilt insbesondere für die Prävention von Terroranschlägen, die Verteilung von Flüchtlingen, die Bekämpfung von Fluchtursachen, die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und die Bekämpfung von wirtschaftlichen Problemen in der Euro-Zone sowie für die Vereinheitlichung der Bildungssysteme und Abschlüsse an

Schulen und Universitäten. Durchgängig hält hier die Mehrheit der Bürger, teilweise die große Mehrheit, eine wesentlich engere Kooperation und Abstimmung in Europa für notwendig. So fordern 69 Prozent eine engere Zusammenarbeit bei der Verhinderung von Terroranschlägen, ebenso viele eine ausgewogenere Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedsländer; zwei Drittel der Bevölkerung halten es für ein wichtiges Aufgabenfeld der EU, Fluchtursachen zu bekämpfen. Ähnlich dringlich sieht die Bevölkerung die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Die stärkere Kooperation in der Verteidigungspolitik halten dagegen nur 42 Prozent für vordringlich – trotz der breiten Unterstützung für die Verteidigungsunion. Dies hat vor allem damit zu tun, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung trotz aller internationaler Krisen zurzeit relativ sicher fühlt und sich nicht vorstellen kann, dass Deutschland in einen größeren militärischen Konflikt hineingezogen wird. Nur eine Minderheit hält es auch für vordringlich, dass die EU bei internationalen Konflikten und Krisen mehr Verantwortung übernimmt. Am Ende der Agenda stehen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: Lediglich 4 Prozent der Bevölkerung halten es für wichtig, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder aufgenommen werden. Auch die Wiederbelebung der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA rangieren in der politischen Agenda, die die Bevölkerung für die EU aufstellt, unter ferner liefen.

Die Agenda der Bürger für die EU

Frage: "Was meinen Sie: Worum sollte sich die EU derzeit besonders kümmern, was finden Sie besonders wichtig? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11081

© IfD-Allensbach

Die Trendanalyse zeigt, dass wirtschaftliche Anliegen wie auch das Ziel einer gemeinsamen Außenpolitik und einheitliche europäische Datenschutzrichtlinien in der politischen Agenda der Bevölkerung zurückgestuft worden sind. So hielten es noch 2014 75 Prozent der Bevölkerung für vordringlich, dass sich die EU besonders mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa auseinandersetzt; aktuell vertreten 64 Prozent diese Forderung. Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise in der Euro-Zone hielten 2014 77 Prozent für vordringlich, aktuell 54 Prozent. Eine einheitliche europäische Datenschutzrichtlinie hielten 2014 59 Prozent für besonders wichtig, aktuell nur noch 43 Prozent. Dagegen ist die Forderung, dass sich die EU verstärkt um eine ausgewogene Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedsländer bemühen sollte, von hohem Niveau aus weiter angestiegen. Daneben ist jedoch auch die Unterstützung für die Forderung gewachsen, die Höhe von Steuern und Abgaben in den Mitgliedsländern einheitlich zu regeln. Zwar hält dies nur eine Minderheit für wünschenswert und vordringlich, doch hat sich die Unterstützung seit 2014 immerhin von 26 auf 36 Prozent erhöht.

Schaubild 16

Veränderungen in der Agenda für die EU		
Frage: "Was meinen Sie: Worum sollte sich die EU derzeit besonders kümmern, was finden Sie besonders wichtig? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."		
- Auszug -	2014	2018
	%	%
Die Flüchtlinge und Asylbewerber, die nach Europa kommen, ausgewogener auf die Mitgliedsländer verteilen	65	69
Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen	75	64
Die wirtschaftliche Krise in der Euro-Zone bekämpfen	77	54
Eine gemeinsame Außenpolitik betreiben	57	45
Einheitliche europäische Datenschutzrichtlinien entwickeln	59	43
Die Höhe von Steuern und Abgaben in den Mitgliedsländern einheitlich regeln	26	36

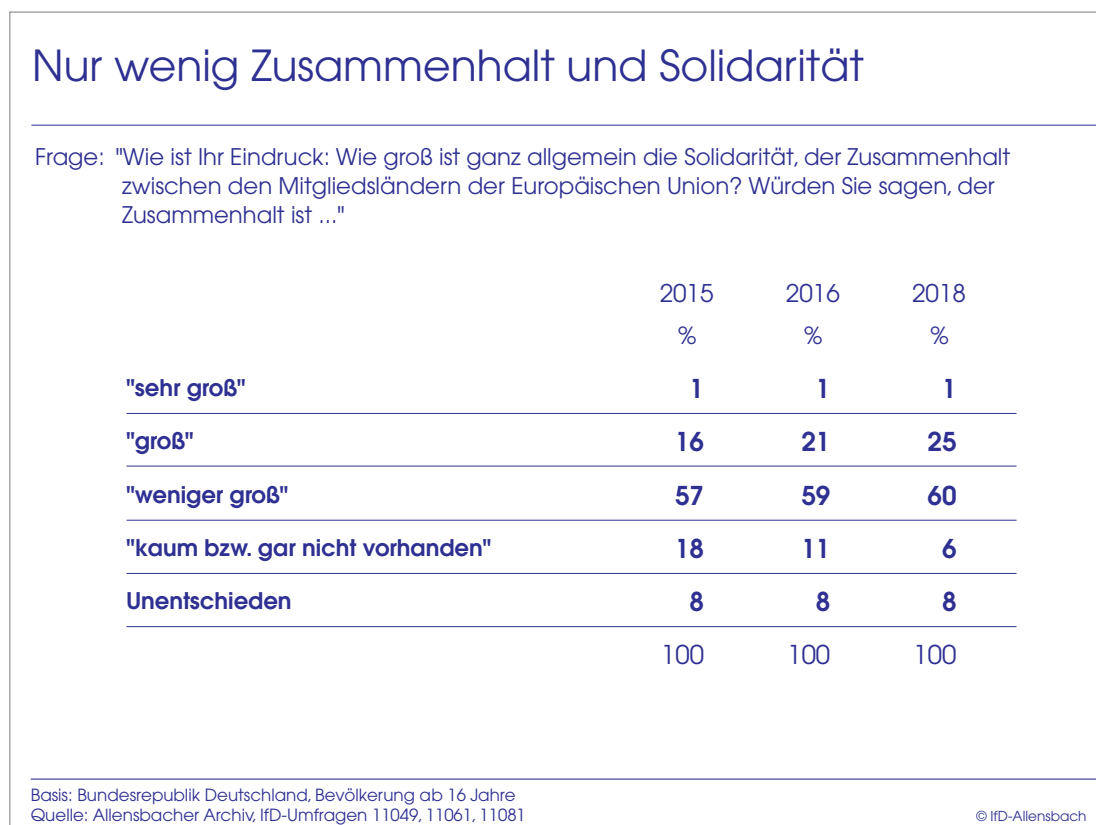
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11029, 11081

© IfD-Allensbach

INTERESSENKONFLIKTE IN DER EU

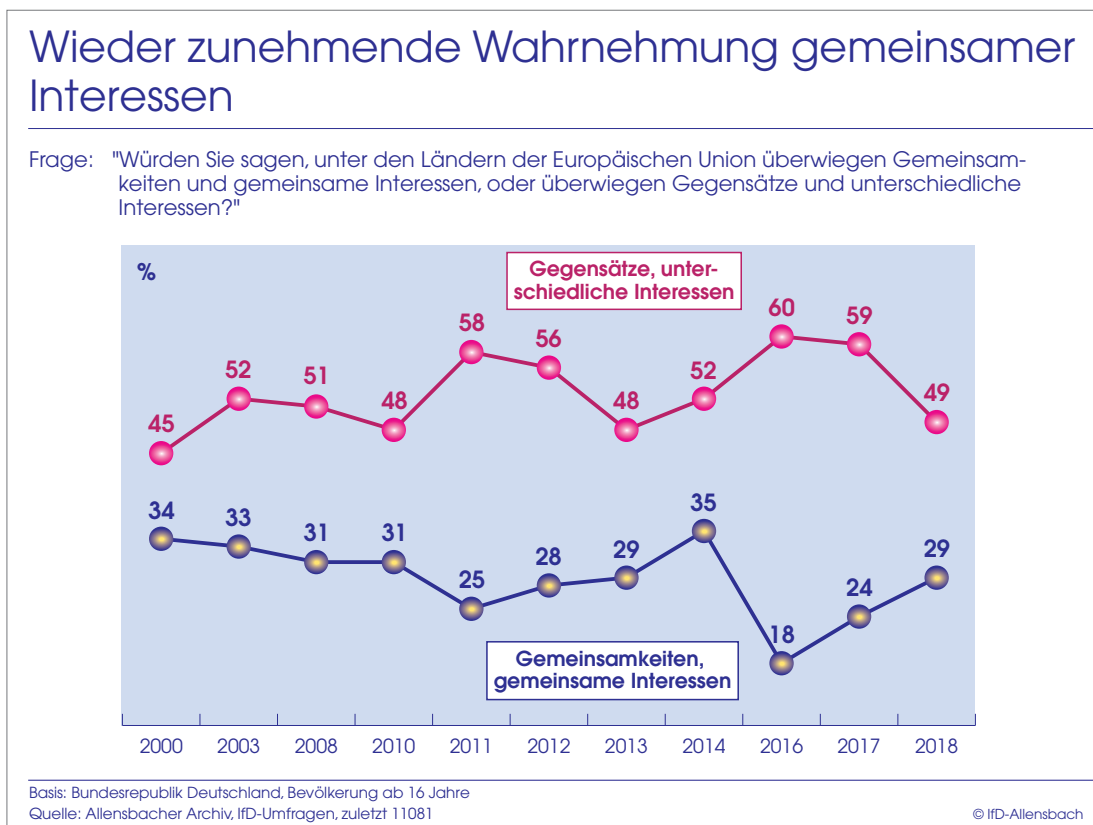
Trotz der breiten Unterstützung für die Einbindung in die EU nehmen die Bürger sehr bewusst wahr, wie stark dieser Staatenbund von Interessenkonflikten und Meinungsverschiedenheiten geprägt ist. Der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern wird als gering eingeschätzt: Nur 26 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass der Zusammenhalt und die Solidarität innerhalb der EU (sehr) groß sind, während zwei Drittel den Zusammenhalt kritisch sehen. Die Trendanalyse zeigt allerdings, dass sich das Urteil über die Solidarität zwischen den Mitgliedsländern langsam, aber kontinuierlich verbessert. 2015 beurteilten lediglich 17 Prozent der Bürger den Zusammenhalt und die Solidarität positiv, 2016 22 Prozent, jetzt 26 Prozent.

Schaubild 17



Auch die Interessenkonflikte innerhalb der Union prägen das Bild heute nicht mehr in dem Maße wie in den letzten Jahren. Vor zwei Jahren waren 60 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass in der Europäischen Union Gegensätze und Interessenkonflikte überwiegen; lediglich knapp jeder Fünfte war überzeugt, dass gemeinsame Interessen und Positionen überwiegen. Seither ist die Wahrnehmung von Interessenkonflikten von 60 auf 49 Prozent zurückgegangen, die Überzeugung, dass Gemeinsamkeiten und auch gemeinsame Interessen überwiegen, von 18 auf 29 Prozent angestiegen.

Schaubild 18



Gemeinsame Interessen und weitgehenden Konsens sieht die Bevölkerung vor allem bei dem Kampf gegen Terrorismus, beim Datenschutz, den Leitlinien für den Brexit sowie in der Währungs- und Verteidigungspolitik. So sind 70 Prozent der Bürger überzeugt, dass es im Kampf gegen den Terror überwiegend gemeinsame Interessen

und Positionen in der EU gibt, während nur 22 Prozent große Differenzen erkennen können. In Bezug auf den Datenschutz ist die Hälfte der Bevölkerung überzeugt, dass die Gemeinsamkeiten überwiegen, während 32 Prozent den Eindruck haben, dass es auf diesem Feld große Differenzen zwischen den Mitgliedsländern gibt.

Bei vielen anderen Themen überwiegen nach dem Eindruck der Bevölkerung die Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikte. Das gilt sowohl für das Verhältnis zur Türkei, für demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien, Meinungs- und Pressefreiheit und die Haltung zu militärischen Einsätzen zur Lösung internationaler Krisen. Noch mehr nehmen die Bürger in Bezug auf den Umwelt- und Klimaschutz, den Umgang mit Korruption und Steuerhinterziehung, den Umgang mit verschuldeten Mitgliedsländern und bei den Beziehungen zu Russland vorwiegend Meinungsverschiedenheiten wahr. In Bezug auf die Umwelt- und Klimapolitik sind beispielsweise 57 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass es zwischen den Mitgliedsländern große Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikte gibt, während nur jeder Dritte überwiegend Gemeinsamkeiten wahrnimmt. In der Beziehung zu Russland nehmen 61 Prozent große Differenzen zwischen den Mitgliedsländern wahr; ähnlich schätzt die Bevölkerung die Übereinstimmung bzw. die Interessenkonflikte in der Sozialpolitik und der Energiepolitik ein und auch bei den Leitlinien für die Weiterentwicklung der EU: Lediglich 22 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass die Mitgliedsländer weitgehend übereinstimmen, wie die EU sich weiterentwickeln sollte, während zwei Drittel hier erhebliche Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikte wahrnehmen.

Kein anderes Politikfeld wird jedoch so umstritten wahrgenommen wie die Migrationspolitik und insbesondere die Frage, wie die Flüchtlinge in Europa verteilt werden sollen. Hier können nur 3 Prozent der Bevölkerung große Gemeinsamkeiten in den Positionen der Mitgliedsländer erkennen, während 95 Prozent bewusst ist, dass die Positionen in der EU hier weit auseinandergehen.

Mehr Differenzen als Gemeinsamkeiten

Frage: "Hier auf den Karten sind einmal einige Bereiche und Themen aufgeschrieben. Bei welchen davon haben die meisten Länder der Europäischen Union große Gemeinsamkeiten bzw. die gleichen Interessen, und bei welchen haben sie große Differenzen, sind unterschiedlicher Meinung?"

	Große Differenzen	Große Gemeinsamkeiten
Bei der Terrorabwehr	22	% 70
Beim Datenschutz	32	49
Wie die Beziehungen zu Großbritannien nach dem Brexit sein sollen	37	47
In der Währungspolitik	39	47
In der Verteidigungspolitik	36	47
Verhältnis zu den USA	44	43
Verhältnis zur Türkei	51	37
Wenn es um demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien geht	50	36
Wenn es um Meinungs- und Pressefreiheit geht	52	36
In der Wirtschaftspolitik	48	36
Wenn es um militärische Einsätze zur Lösung internationaler Krisen geht	49	36
Beim Umwelt- und Klimaschutz	57	34
Wie mit verschuldeten Staaten umgegangen werden soll	59	30
Beim Umgang mit Korruption	58	28
Wie mit Staaten umgegangen werden soll, die als Steuerparadiese gelten	57	27
Verhältnis zu Russland	61	26
In der Energiepolitik	60	25
Bei der sozialen Absicherung, dem sozialen Netz	60	23
Wie die EU in Zukunft aussehen soll	66	22
Wie die Flüchtlinge in Europa verteilt werden sollen	95	3

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11081

© IfD-Allensbach

Nach wie vor hat die Mehrheit der Bevölkerung auch den Eindruck, dass Deutschland mit seiner Flüchtlingspolitik in Europa weitgehend isoliert ist. In dieser Einschätzung hat sich auch über die letzten drei Jahre hinweg nur wenig verändert. 2015 hatten 52 Prozent der Bevölkerung den Eindruck, dass Deutschland mit seinen Positionen in der Flüchtlingsfrage weitgehend alleinsteht, 2016 57 Prozent, aktuell 55 Prozent. 34 Prozent haben den Eindruck, dass zumindest einige der anderen Mitgliedsländer einen ähnlichen Kurs verfolgen. Dass viele der anderen Mitgliedsländer auf diesem Politikfeld ähnliche Positionen vertreten wie Deutschland, glauben lediglich 5 Prozent.

Schaubild 20



Diese Einschätzung bezieht sich jedoch nur auf die Flüchtlingspolitik und nicht auf die generelle Haltung der anderen Mitgliedsländer zu Deutschland. Lediglich 18 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, dass Deutschland generell in Europa

isoliert ist und mit seinen Positionen alleine steht; 61 Prozent widersprechen hier dezidiert.

Schaubild 21

...aber keine generelle Isolation				
Frage: "Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland in Europa isoliert ist, also dass Deutschland mit seinen Positionen alleine ist und die anderen Länder gegen Deutschland eingestellt sind, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?"				
	2012	2013	2015	2018
	%	%	%	%
Isoliert	20	25	22	18
Habe nicht diesen Eindruck	59	53	52	61
Unentschieden	21	22	26	21
	100	100	100	100

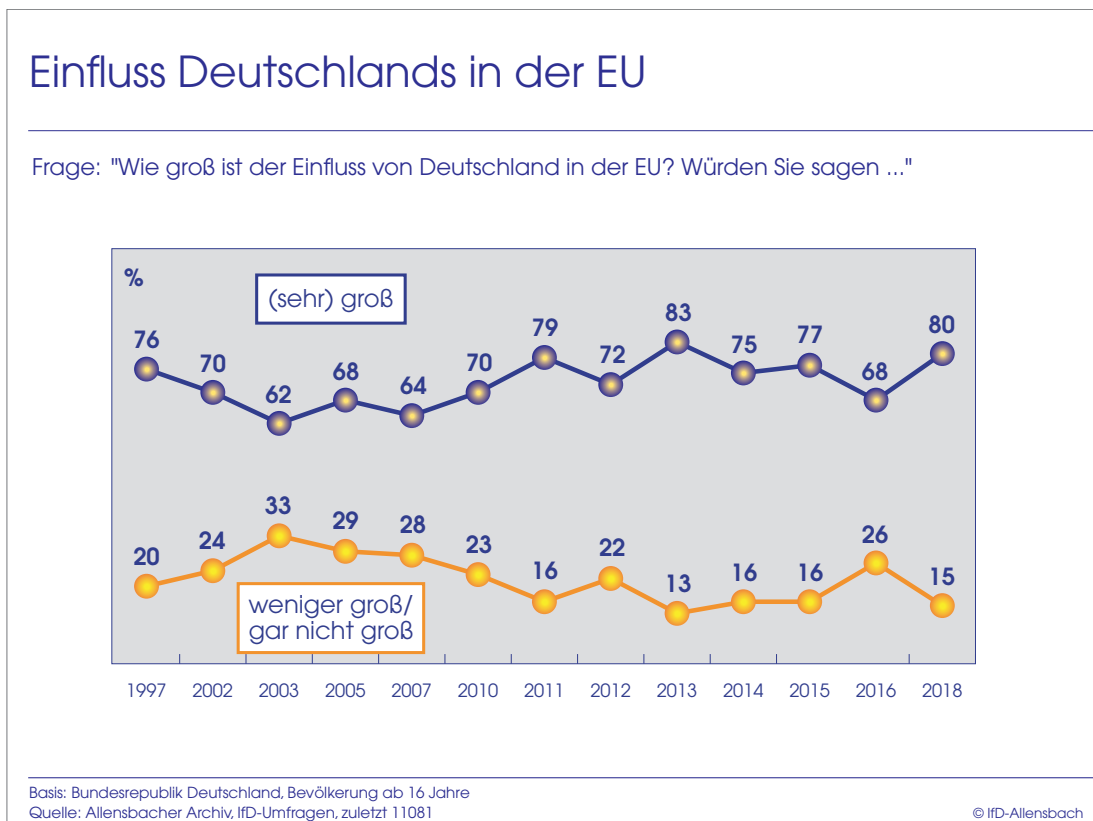
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11081

© IfD-Allensbach

SCHLÜSSELROLLE IM REFORMPROZESS

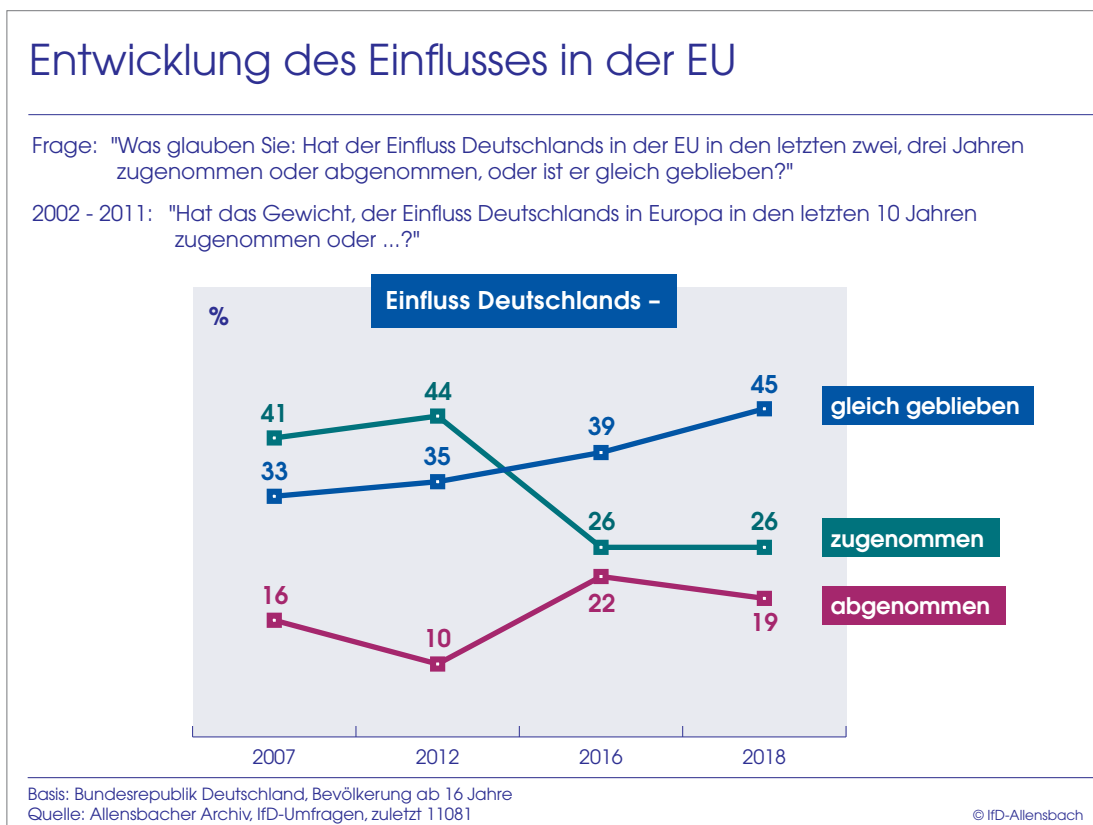
Im Zusammenhang mit den Interessenkonflikten in der EU kommt den Einflussmöglichkeiten Deutschlands besondere Bedeutung zu. Die überwältigende Mehrheit der Bürger geht davon aus, dass Deutschland in der EU großen oder sogar sehr großen Einfluss hat. Die politisch interessierten Bevölkerungskreise sind davon noch mehr überzeugt als der Durchschnitt der Bevölkerung. 2016 wurden unter dem Eindruck der Kontroversen über die Flüchtlingspolitik die Einflussmöglichkeiten Deutschlands vorübergehend geringer eingeschätzt, ein Einbruch, der mittlerweile wieder vollständig kompensiert ist. Aktuell halten 80 Prozent der Bevölkerung den Einfluss Deutschlands in der EU für groß oder sehr groß, lediglich 15 Prozent für gering.

Schaubild 22



Weniger als jeder Fünfte geht zurzeit davon aus, dass der Einfluss Deutschlands in der EU in den letzten zwei, drei Jahren geringer geworden ist. Zwar hat auch nur gut jeder Vierte den Eindruck, dass der Einfluss Deutschlands in diesen Zeitraum gewachsen ist; immer mehr gehen die Bürger jedoch davon aus, dass Deutschlands Einfluss auf hohem Niveau stabil bleibt. 2012 waren davon 35 Prozent überzeugt, 2016 39 Prozent, aktuell 45 Prozent. In der Phase zwischen 2007 und 2012 hatten noch weite Teile der Bevölkerung den Eindruck, dass der deutsche Einfluss in Europa wächst. 2012 waren davon 44 Prozent überzeugt, 2016 nur noch 26 Prozent. Diese Entwicklung wird jedoch durch die Überzeugung der überwältigenden Mehrheit, dass Deutschland auf europäischer Ebene großen oder sogar sehr großen Einfluss hat, relativiert.

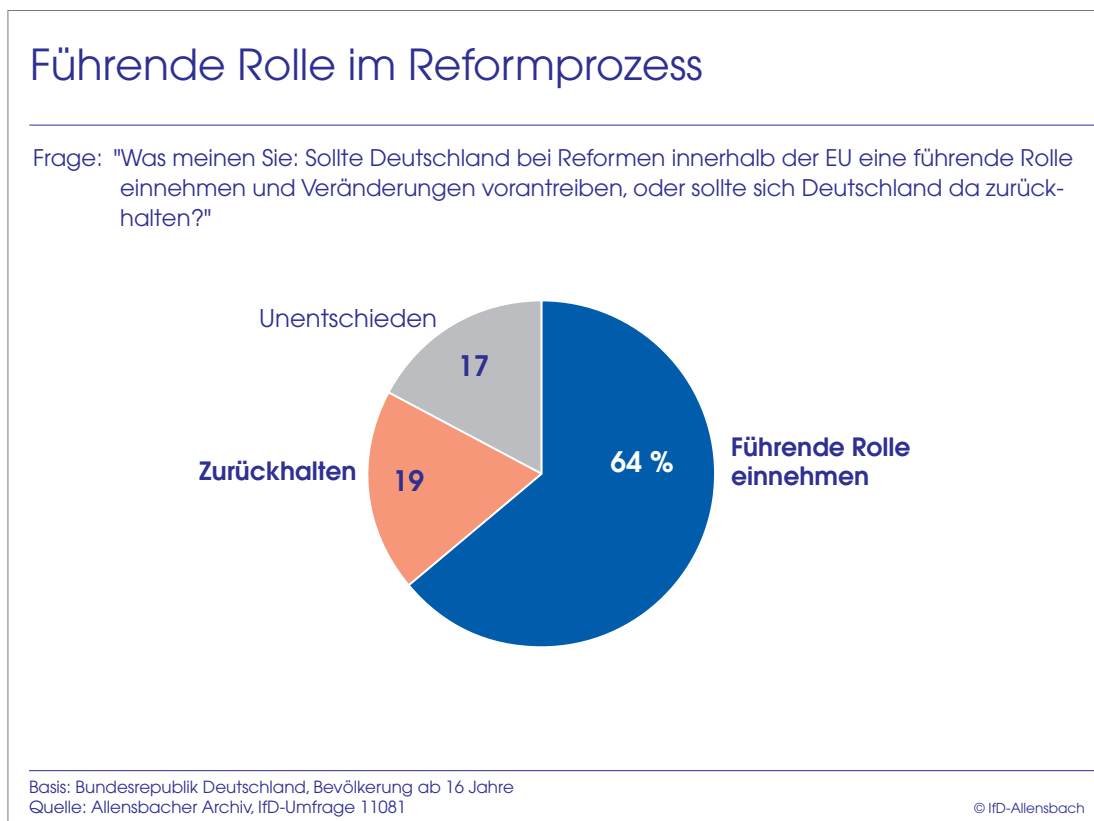
Schaubild 23



Die Bürger fordern auch von Deutschland eine führende Rolle bei Reformen innerhalb der EU. 64 Prozent halten es für richtig, wenn Deutschland in einem solchen

Reformprozess eine führende Rolle einnimmt, während nur knapp jeder Fünfte Zurückhaltung einfordert. In den politisch interessierten Bevölkerungskreisen wird eine solche führende Rolle Deutschlands sogar von 72 Prozent befürwortet.⁴

Schaubild 24

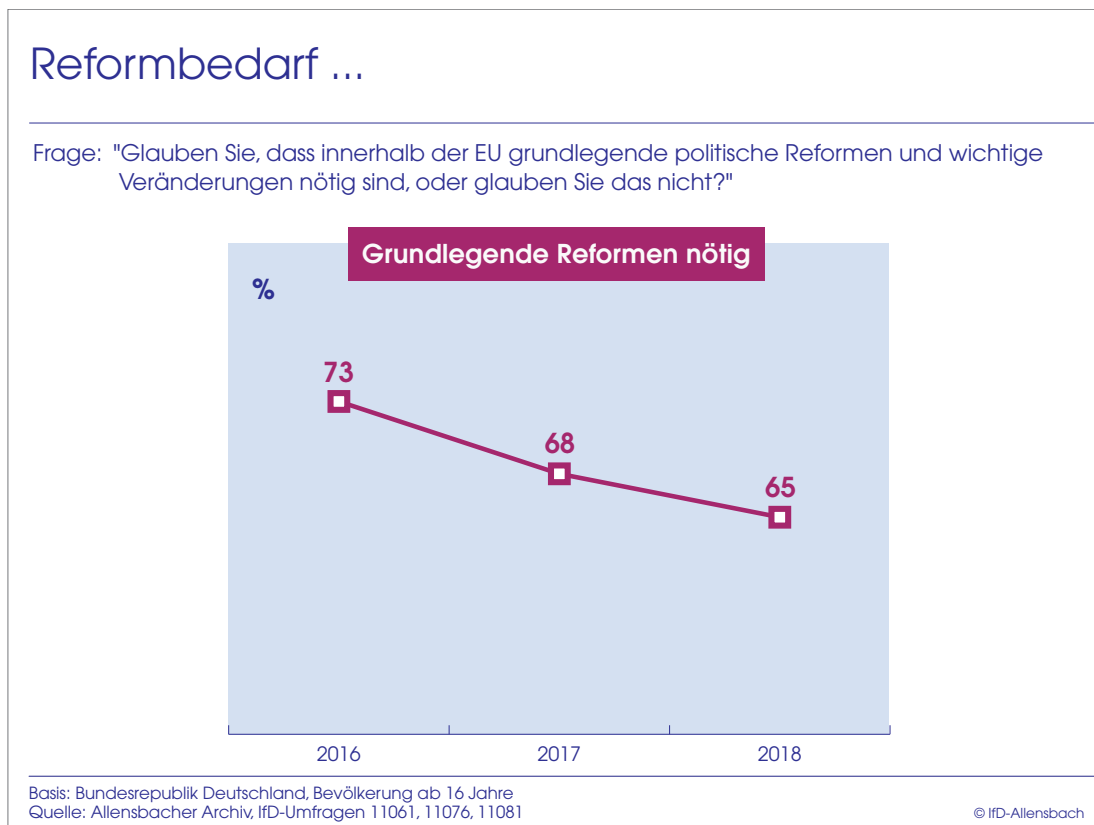


Die große Mehrheit der Bevölkerung hält nach wie vor grundlegende politische Reformen innerhalb der EU für notwendig. Allerdings hat sich im Zuge der positiveren Bewertung der EU auch der Ruf nach Reformen zumindest tendenziell abgeschwächt. 2016 hielten noch 73 Prozent der Bürger grundlegende Reformen für notwendig, 2017 68 Prozent, aktuell 65 Prozent. In den politisch interessierten Bevölkerungskreisen

⁴ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 25.

sind jedoch nach wie vor drei Viertel überzeugt, dass die EU tiefgreifende Reformen braucht.⁵

Schaubild 25



Nach wie vor ist die Mehrheit der Bevölkerung jedoch skeptisch, ob es in der EU zu grundlegenden Reformen kommen wird. Lediglich 17 Prozent trauen dies der EU zu, während 54 Prozent an ihrer Reformfähigkeit zweifeln. Ein großer Anteil, 29 Prozent der Bevölkerung, traut sich hier kein Urteil zu. Das Vertrauen in die Reformfähigkeit der EU ist über die letzten zwei Jahre hinweg nicht gewachsen, sondern tendenziell abgesunken.

⁵ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 23.

... und Realisierungschancen

Frage: "Und glauben Sie, dass es zu grundlegenden Reformen kommt, oder glauben Sie das nicht?"

	2016	2017	2018
	%	%	%
Kommt zu grundlegenden Reformen	25	16	17
Glaube das nicht	48	60	54
Unentschieden	27	24	29
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11061, 11076, 11081

© IfD-Allensbach

Untersuchungen in Frankreich und Italien belegen, dass diese skeptische Sichtweise der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auch von der großen Mehrheit der französischen und italienischen Bevölkerung geteilt wird.⁶

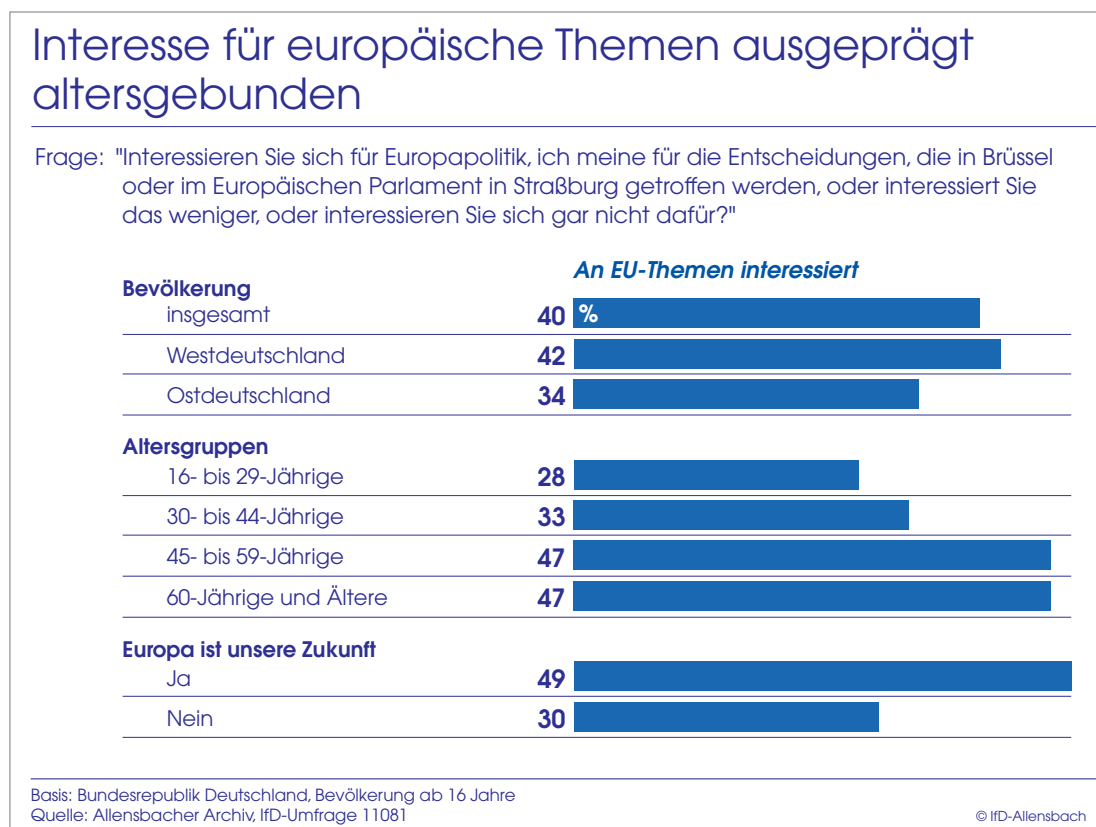
⁶ Vgl.: Die Stimmungslage in Deutschland und Frankreich vor den nationalen Wahlen 2017. Hsg. v. d. Allianz SE. München 2017, S. 37.

Und: Stimmungslage und Prioritäten in Deutschland und Italien. Hsg. v. d. Allianz SE. München 2017, S. 35.

ZURZEIT RELATIV GROSSES INTERESSE AN EUROPÄISCHEN THEMEN

Das Interesse an europäischen Themen unterliegt stärkeren Schwankungen. Über die letzten 15 Jahre hinweg bewegte sich das Interesse an den Entscheidungen auf europäischer Ebene zwischen 27 und 45 Prozent und liegt zurzeit mit 40 Prozent im oberen Bereich. Nach wie vor ist das Interesse an europäischen Themen in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland, in der mittleren und älteren Generation signifikant größer als in der jüngeren und bei denjenigen, die die Einbindung in Europa für den richtigen Weg halten, signifikant größer als bei den Gegnern der europäischen Integration. Von den unter 30-Jährigen interessieren sich nur 28 Prozent für europäische Themen und auch von den 30- bis 44-Jährigen nur jeder Dritte. Von den 45-Jährigen und Älteren ist dagegen knapp die Hälfte an europäischen Themen interessiert. Generell ist das Interesse an allen politischen Themen heute stärker altersgebunden, als dies noch vor 10, 15 Jahren der Fall war.

Schaubild 27



Auch die Entwicklungen in den anderen Mitgliedsländern der EU interessieren heute rund vier von zehn Bundesbürgern – auch dies ein höherer Anteil als noch vor einigen Jahren. 2014 bekundeten lediglich 34 Prozent der Bevölkerung ausgeprägtes Interesse am aktuellen Geschehen und den Entwicklungen in anderen Mitgliedsländern. Auch hier zeigt sich die ausgeprägte Altersgebundenheit. Von den unter 30-Jährigen interessieren sich nur 29 Prozent für die Entwicklungen in anderen europäischen Ländern, in der Generation ihrer Großeltern dagegen 47 Prozent.⁷

Schaubild 28

Interesse für die Entwicklungen in anderen Mitgliedsländern		
Frage: "Interessieren Sie sich für das aktuelle Geschehen und aktuelle Entwicklungen in anderen Mitgliedsländern der EU, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"		
	2014	2018
	%	%
Interessiert mich	34	41
Interessiert mich weniger	49	38
Gar nicht	7	9
Kommt darauf an	9	11
Keine Angabe	1	1
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11029, 11081

© IfD-Allensbach

Nach wie vor bleibt jedoch das Interesse an europäischen Themen signifikant hinter dem generellen politischen Interesse zurück. Selbst von den generell politisch interessierten Bevölkerungskreisen interessieren sich nur knapp 70 Prozent auch für

⁷ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 3.

europäische politische Entwicklungen. Dies hat teilweise auch damit zu tun, dass weite Teile der Bevölkerung den Einfluss politischer Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, auf ihr persönliches Leben unterschätzen. 43 Prozent der Bevölkerung schreiben den Entscheidungen auf europäischer Ebene zwar großen Einfluss auf ihr Leben zu, 50 Prozent der Bevölkerung jedoch nur geringen oder gar keinen Einfluss. Die politisch interessierten Bevölkerungskreise schreiben der europäischen Ebene signifikant größere Bedeutung zu als politisch Desinteressierte. So sind 52 Prozent der politisch Interessierten überzeugt, dass die europäische Ebene erheblichen Einfluss auf ihr Leben hat, dagegen nur ein Drittel der politisch Desinteressierten.

Schaubild 29

Einfluss der europäischen Ebene auf das Leben der Bürger			
Frage: "Was glauben Sie: Welchen Einfluss haben politische Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, auf Ihr persönliches Leben, auf Ihren Alltag? Würden Sie sagen ..."			
	Bevölkerung insgesamt	Politisch -	
	%	Interessierte	Desinteressierte
	%	%	%
"sehr großen Einfluss"	7	9	4
"großen Einfluss"	36	43	29
"weniger großen Einfluss"	40	36	43
"kaum, gar keinen Einfluss"	10	8	13
Unentschieden	7	4	11
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11081

© IfD-Allensbach

Insgesamt ist jedoch nach wie vor ein Problem, dass europäische Themen bei vielen Bürgern deutlich weniger Aufmerksamkeit finden als nationale politische Kontroversen und Entscheidungen. Dies ist ein grundlegendes Problem der europäischen Integration: Während zunehmend Befugnisse auf die europäische Ebene verlagert werden, konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor auf die nationale Ebene.

Allensbach am Bodensee,
am 31. Januar 2018

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewiesen wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtsoperation zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

TABELLEN

Europäische Union

WAS MEINEN SIE: WORUM SOLLTE SICH DIE EU DERZEIT BESONDERS KÜMMERN, WAS FINDEN SIE BESONDERS WICHTIG? BITTE SAGEN SIE ES
 MIR NACH DIESER LISTE. (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 21)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		AN EUROPAPOLITIK -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	1221	900	321	585	636	194	236	363	428	665	556	512	703
BESSERE ZUSAMMENAR- BEIT DER EU-LÄNDER BEI DER VERHINDERUNG VON TERRORANSCHLÄGEN	69.3	69.0	70.8	68.4	70.3	63.3	70.6	70.1	71.1	70.9	67.6	69.4	69.1
DIE FLÜCHTLINGE UND ASYLBEWERBER, DIE NACH EUROPA KOMMEN, AUSGEWGENER AUF DIE MITGLIEDSLÄNDER VERTEILEN.....	69.0	70.6	61.9	68.7	69.3	65.2	69.6	66.1	73.1	73.2	64.5	71.6	67.2
FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN, Z.B. DURCH EINE GEMEINSAME ENTWICKLUNGSPOLITIK..	65.9	65.6	67.5	65.9	66.0	60.2	63.3	69.6	67.5	72.5	58.9	74.8	59.8
DIE JUGENDARBEITS- LOSIGKEIT IN EUROPA BEKÄMPFEN.....	63.5	62.6	67.5	61.7	65.2	61.2	65.0	64.6	62.9	67.0	59.8	68.6	59.7
DIE WIRTSCHAFTLICHE KRISE IN DER EURO- ZONE BEKÄMPFEN.....	53.7	53.9	53.1	56.2	51.3	49.8	50.8	58.3	53.7	57.8	49.3	58.1	50.5
DIE BILDUNGSSYSTEME UND ABSCHLÜSSE AN SCHULEN UND UNIVERSITÄTEN VEREINHEITLICHEN.....	50.1	48.0	59.2	43.8	56.1	55.9	44.4	49.2	51.3	52.6	47.5	54.4	47.0
BEI DEN BREXIT- VERHANDLUNGEN MIT GROSSBRITANNIEN DIE BESTMÖGLICHE LÖSUNG FÜR DIE EU AUSHANDELN.....	45.3	46.6	39.5	46.7	43.9	38.5	44.0	45.9	49.1	51.2	38.9	53.6	39.6
EINE GEMEINSAME AUSSENPOLITIK BETREIBEN.....	45.0	44.9	45.2	48.9	41.2	37.4	42.1	47.4	48.7	54.6	34.7	58.7	35.6

WAS MEINEN SIE: WORUM SOLLTE SICH DIE EU DERZEIT BESONDERS KÜMMERN, WAS FINDEN SIE BESONDERS WICHTIG? BITTE SAGEN SIE ES
 MIR NACH DIESER LISTE. (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 21)

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			EURO-KRISE -		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	IST AUSGE- STANDEN	FLAMMT WIEDER AUF	GEMEIN- SAM- KEITEN	GEGEN SÄTZE	
Basis	449	264	91	176	121	88	769	219	822	162	272	595	360	588	
BESSERE ZUSAMMENAR- BEIT DER EU-LÄNDER BEI DER VERHINDERUNG VON TERRORANSCHLÄGEN	70.3	71.5	78.8	62.0	62.3	67.8	71.2	68.6	71.6	65.8	69.8	72.3	70.7	70.6	
DIE FLÜCHTLINGE UND ASYLBEWERBER, DIE NACH EUROPA KOMMEN, AUSGEWOGENER AUF DIE MITGLIEDSLÄNDER VERTEILEN.....	76.5	65.3	66.7	70.6	61.6	48.4	73.1	60.9	70.8	65.5	71.0	67.6	73.9	69.1	
FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN, Z.B. DURCH EINE GEMEINSAME ENTWICKLUNGSPOLITIK..	64.0	64.5	72.1	73.8	74.6	56.2	71.2	56.3	69.6	58.5	68.5	63.9	67.9	65.0	
DIE JUGENDARBEITS- LOSIGKEIT IN EUROPA BEKÄMPFEN.....	58.9	67.9	61.5	72.1	71.4	58.7	65.7	55.6	67.8	51.2	57.5	65.3	62.2	65.2	
DIE WIRTSCHAFTLICHE KRISE IN DER EURO- ZONE BEKÄMPFEN.....	54.5	61.0	56.5	53.6	48.5	37.9	58.1	47.8	56.4	51.7	51.9	54.9	55.5	53.0	
DIE BILDUNGSSYSTEME UND ABSCHLÜSSE AN SCHULEN UND UNIVERSITÄTEN VEREINHEITLICHEN.....	50.2	47.9	51.4	61.3	62.9	33.0	55.7	37.1	53.4	44.0	51.0	47.8	57.4	47.6	
BEI DEN BREXIT- VERHANDLUNGEN MIT GROSSBRITANNIEN DIE BESTMÖGLICHE LÖSUNG FÜR DIE EU AUSHANDELN.....	47.9	47.7	55.5	45.9	32.0	34.1	52.7	31.5	49.4	37.9	48.7	44.3	50.6	43.3	
EINE GEMEINSAME AUSSENPOLITIK BETREIBEN.....	45.4	42.1	41.3	55.7	58.0	28.7	56.6	24.2	50.4	44.0	53.2	43.6	55.1	40.0	

Deutschland in der EU

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der EU-Mitgliedsländer

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 65)

GROSSE GEMEINSAMKEITEN/GLEICHE INTERESSEN DER MEISTEN EU-LÄNDER:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		AN EUROPAPOLITIK -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	1221	900	321	585	636	194	236	363	428	665	556	512	703
BEI DER TERRORABWEHR	70.4	69.6	74.0	71.4	69.5	69.5	70.5	71.0	70.2	72.6	67.9	72.9	68.5
BEIM DATENSCHUTZ ...	49.4	49.1	50.7	48.9	49.9	48.9	46.3	49.7	51.4	50.9	47.8	51.1	48.1
WIE DIE BEZIEHUNGEN ZU GROSSBRITANNIEN NACH DEM BREXIT SEIN SÖLLEN.....	47.2	47.5	46.0	49.9	44.7	44.1	49.5	50.9	44.4	53.4	40.6	53.7	43.0
IN DER WÄHRUNGSPOLITIK.....	46.6	47.2	43.7	47.2	46.0	46.4	43.8	49.6	45.8	45.2	48.1	44.7	47.7
IN DER VERTEIDI- GUNGSPOLITIK	46.5	45.2	51.8	48.5	44.5	45.6	38.7	49.0	49.4	48.7	44.1	50.3	44.1
VERHÄLTNIS ZU DEN USA.....	43.1	45.3	33.7	45.8	40.6	42.5	41.0	42.0	45.8	44.6	41.6	44.4	42.6
VERHÄLTNIS ZUR TÜRKEI.....	37.2	38.6	31.3	38.8	35.8	37.4	34.2	39.3	37.2	41.2	33.0	42.1	33.8
WENN ES UM DEMOKRA- TISCHE UND RECHTS- STAATLICHE PRINZIPIEN GEHT.....	36.2	36.4	35.2	35.5	36.8	41.5	37.1	33.0	35.5	37.1	35.3	37.3	35.2
WENN ES UM MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT GEHT	36.2	36.1	37.0	33.7	38.6	40.5	34.5	32.9	37.8	37.3	35.1	36.7	35.7
IN DER WIRTSCHAFTS- POLITIK	36.1	36.0	36.6	35.7	36.5	35.3	39.1	34.6	35.9	39.0	32.9	39.1	34.0
WENN ES UM MILITÄ- RISCHE EINSÄTZE ZUR LÖSUNG INTERNATIO- NALER KRISEN GEHT...	35.5	33.4	44.7	37.1	34.0	34.9	33.7	34.5	37.7	36.8	34.1	37.8	33.8
BEIM UMWELT- UND KLIMASCHUTZ	33.8	34.0	32.7	33.2	34.4	37.7	29.8	29.1	38.1	34.6	32.8	35.7	32.8

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 65)

GROSSE GEMEINSAMKEITEN/GLEICHE INTERESSEN DER MEISTEN EU-LÄNDER:

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			EURO-KRISE -		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	NÖTIG	IST AUSGE- STANDEN	FLAMMT WIEDER AUF	GEMEIN- SAM- KEITEN	GEGEN SÄTZE
Basis	449	264	91	176	121	88	769	219	822	162		272	595	360	588
BEI DER TERRORABWEHR	76.4	66.7	68.0	74.1	70.6	58.7	74.8	58.7	70.8	73.5		73.5	66.9	81.5	64.0
BEIM DATENSCHUTZ ...	51.3	48.6	54.4	48.5	56.4	43.3	51.7	47.2	49.4	61.0		59.5	45.1	59.2	44.6
WIE DIE BEZIEHUNGEN ZU GROSSBRITANNIEN NACH DEM BREXIT SEIN SÖLLEN.....	48.6	45.4	34.9	57.4	47.1	49.2	51.8	40.0	49.8	50.2		54.9	45.6	52.2	43.5
IN DER WÄHRUNGSPOLITIK.....	51.5	48.3	37.5	45.6	43.6	41.2	50.8	37.9	46.0	62.3		64.1	38.3	59.4	41.9
IN DER VERTEIDI- GUNGSPOLITIK	50.7	45.1	40.7	47.2	45.4	41.1	50.4	36.2	48.3	54.1		55.8	41.9	57.9	38.9
VERHÄLTNIS ZU DEN USA.....	45.4	49.0	41.5	37.5	40.5	34.4	44.7	41.2	44.9	51.9		54.1	41.7	50.9	38.0
VERHÄLTNIS ZUR TÜRKEI.....	39.9	36.2	37.0	35.3	50.4	24.9	40.3	31.8	38.5	41.8		46.2	36.1	40.8	33.0
WENN ES UM DEMOKRA- TISCHE UND RECHTS- STAATLICHE PRINZIPIEN GEHT.....	37.2	38.3	38.3	36.7	34.5	33.1	38.7	32.7	34.4	48.2		42.3	33.9	50.7	27.5
WENN ES UM MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT GEHT	37.6	37.5	38.4	37.2	39.9	26.6	40.0	28.8	35.5	44.1		41.4	33.7	44.8	30.8
IN DER WIRTSCHAFTS- POLITIK	40.6	33.1	34.6	38.9	35.5	30.0	39.7	25.8	35.0	45.3		48.3	29.8	50.6	30.6
WENN ES UM MILITÄ- RISCHE EINSÄTZE ZUR LÖSUNG INTERNATIO- NALER KRISEN GEHT...	41.0	34.1	30.5	34.3	31.2	27.4	35.6	34.6	37.0	40.1		42.7	33.6	46.0	31.4
BEIM UMWELT- UND KLIMASCHUTZ	38.6	35.4	35.7	31.9	26.1	23.4	37.0	27.0	31.5	46.1		40.0	31.0	44.4	26.6

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 65)

GROSSE GEMEINSAMKEITEN/GLEICHE INTERESSEN DER MEISTEN EU-LÄNDER:

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			EURO-KRISE -		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	NÖTIG	IST AUSGE- STANDEN	FLAMMT WIEDER AUF	GEMEIN- SAM- KEITEN	GEGEN SÄTZE
Basis	449	264	91	176	121	88	769	219	822	162		272	595	360	588
WIE MIT VERSCHUL- DETEN STAATEN WIE Z.B. GRIECHENLAND UMGEGANGEN WERDEN SOLL.....	32.9	33.0	23.8	24.5	36.5	20.4	36.1	17.1	29.5	43.3		39.1	27.8	39.2	26.9
BEIM UMGANG MIT KORRUPTION	29.3	25.8	26.2	34.7	28.2	20.9	31.6	20.7	26.9	36.9		35.4	25.6	37.3	20.6
WIE MIT STAATEN UMGEGANGEN WERDEN SOLL, DIE ALS STEU- ERPARADIESE GELTEN..	26.3	25.6	39.4	25.8	31.4	22.6	27.9	24.7	24.0	42.7		33.6	25.3	32.9	24.4
VERHÄLTNIS ZU RUSSLAND.....	27.0	29.7	20.5	29.6	21.3	21.0	29.7	17.6	26.8	36.1		37.2	23.0	33.7	21.6
IN DER ENERGIE- POLITIK	28.0	25.1	26.2	27.9	20.4	14.8	28.0	20.1	25.8	34.2		30.8	22.4	33.4	20.5
BEI DER SOZIALEN ABSICHERUNG, DEM SOZIALEN NETZ...	28.0	19.1	17.9	28.6	18.1	10.4	24.6	17.3	22.2	32.2		31.2	19.9	27.9	21.1
WIE DIE EU IN ZUKUNFT AUSSEHEN SOLL.....	24.0	22.6	18.6	22.7	20.2	14.8	25.2	16.3	20.5	32.5		32.9	17.2	36.1	14.9
WIE DIE FLÜCHTLINGE IN EUROPA VERTEILT WERDEN SOLL.....	3.8	3.7	-	2.9	3.2	3.4	2.0	4.7	2.4	6.3		2.1	2.6	3.8	3.1
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0	100.0

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 65)

GROSSE DIFFERENZEN/UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DER MEISTEN EU-LÄNDER:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		AN EUROPAPOLITIK -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	1221	900	321	585	636	194	236	363	428	665	556	512	703
BEI DER TERRORABWEHR	21.6	22.3	18.5	22.5	20.7	18.6	22.1	21.4	23.0	22.2	20.9	21.2	22.0
BEIM DATENSCHUTZ ...	31.9	32.5	29.3	34.8	29.2	29.7	34.9	33.0	30.5	34.1	29.6	34.4	30.2
WIE DIE BEZIEHUNGEN ZU GROSSBRITANNIEN NACH DEM BREXIT SEIN SÖLLEN.....	36.9	36.6	38.0	36.3	37.4	31.9	37.4	35.4	40.5	34.7	39.2	36.3	37.0
IN DER WÄHRUNGSPOLITIK.....	39.4	38.2	44.6	41.9	37.0	35.7	41.9	38.6	40.5	44.5	33.9	44.7	36.0
IN DER VERTEIDI- GUNGSPOLITIK	36.4	36.9	34.0	36.9	35.8	32.4	43.9	35.0	35.1	37.5	35.2	34.7	37.2
VERHÄLTNIS ZU DEN USA.....	44.3	41.7	55.5	44.5	44.0	44.0	45.5	44.9	43.2	45.8	42.7	45.6	43.1
VERHÄLTNIS ZUR TÜRKEI.....	51.0	49.4	58.1	52.8	49.2	49.0	52.0	50.9	51.5	50.9	51.1	51.0	51.2
WENN ES UM DEMOKRA- TISCHE UND RECHTS- STAATLICHE PRINZIPIEN GEHT.....	50.1	49.6	52.6	52.4	48.0	42.1	49.1	53.3	52.3	52.1	48.0	52.0	49.1
WENN ES UM MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT GEHT	52.4	52.6	51.6	56.2	48.8	46.0	53.7	55.0	52.8	52.8	51.9	53.8	51.8
IN DER WIRTSCHAFTS- POLITIK	48.2	47.5	51.3	50.5	45.9	41.0	47.9	48.5	51.9	49.4	46.9	48.9	47.8
WENN ES UM MILITÄ- RISCHE EINSÄTZE ZUR LÖSUNG INTERNATIO- NALER KRISEN GEHT...	48.5	49.3	45.3	48.5	48.5	44.6	50.0	52.0	46.8	49.6	47.4	48.0	49.0
BEIM UMWELT- UND KLIMASCHUTZ	56.5	55.7	59.9	58.6	54.5	50.3	61.9	59.7	53.8	58.0	54.9	56.7	56.1

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 65)

GROSSE DIFFERENZEN/UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DER MEISTEN EU-LÄNDER:

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			EURO-KRISE -		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	NÖTIG	IST AUSGE- STANDEN	FLAMMT WIEDER AUF	GEMEIN- SAM- KEITEN	GEGEN SÄTZE
Basis	449	264	91	176	121	88	769	219	822	162		272	595	360	588
BEI DER TERRORABWEHR	18.0	20.9	23.8	19.7	19.4	33.7	18.4	32.7	23.5	20.5		19.2	26.0	11.2	29.1
BEIM DATENSCHUTZ ...	29.6	34.5	26.0	33.6	19.8	41.3	30.2	34.8	34.7	26.5		29.4	35.5	23.5	38.3
WIE DIE BEZIEHUNGEN ZU GROSSBRITANNIEN NACH DEM BREXIT SEIN SOLLEN.....	38.9	35.9	47.6	28.1	32.7	36.1	34.9	40.6	37.2	38.9		35.0	39.5	34.7	42.0
IN DER WÄHRUNGSPOLITIK.....	35.9	37.2	44.3	40.4	42.9	47.0	37.2	47.7	43.6	30.7		29.8	48.7	28.6	46.5
IN DER VERTEIDI- GUNGSPOLITIK	33.1	36.7	38.5	35.4	40.3	44.2	33.6	46.8	38.7	39.5		36.2	42.1	25.6	46.5
VERHÄLTNIS ZU DEN USA.....	43.2	35.7	43.2	51.4	47.0	56.2	43.9	46.5	45.3	40.9		41.1	46.1	39.2	49.7
VERHÄLTNIS ZUR TÜRKEI.....	50.8	49.3	49.4	50.3	38.2	65.1	50.0	55.6	53.0	49.6		49.3	53.5	48.9	56.4
WENN ES UM DEMOKRA- TISCHE UND RECHTS- STAATLICHE PRINZIPIEN GEHT.....	49.0	46.8	48.4	51.3	55.3	53.3	48.6	54.3	55.6	39.3		46.4	54.1	36.4	60.5
WENN ES UM MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT GEHT	53.3	49.4	50.1	50.4	49.3	59.3	49.6	60.8	55.5	46.0		50.0	55.9	43.9	59.6
IN DER WIRTSCHAFTS- POLITIK	44.8	48.8	45.6	47.3	51.1	57.8	45.2	61.6	53.5	42.4		40.4	56.2	33.7	57.9
WENN ES UM MILITÄ- RISCHE EINSÄTZE ZUR LÖSUNG INTERNATIO- NALER KRISEN GEHT...	46.4	45.1	46.9	51.1	53.4	57.6	50.0	49.6	50.6	47.9		48.4	53.0	37.4	56.3
BEIM UMWELT- UND KLIMASCHUTZ	52.4	53.4	53.6	60.7	64.8	65.4	54.4	63.6	60.8	47.2		52.7	61.4	47.2	65.8

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 65)

GROSSE DIFFERENZEN/UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN DER MEISTEN EU-LÄNDER:

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			EURO-KRISE -		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	NÖTIG	IST AUSGE- STANDEN	FLAMMT WIEDER AUF	GEMEIN- SAM- KEITEN	GEGEN SÄTZE
Basis	449	264	91	176	121	88	769	219	822	162		272	595	360	588
WIE MIT VERSCHUL- DETEN STAATEN WIE Z.B. GRIECHENLAND UMGEGANGEN WERDEN SOLL.....	58.5	53.3	56.7	59.1	57.4	73.8	53.2	75.3	61.0	51.2		55.4	60.9	48.7	65.7
BEIM UMGANG MIT KORRUPTION	56.9	59.0	58.2	54.0	57.8	66.3	56.0	65.4	64.2	52.8		54.7	63.8	48.5	69.1
WIE MIT STAATEN UMGEGANGEN WERDEN SOLL, DIE ALS STEU- ERPARADIESE GELTEN..	56.9	58.8	46.4	57.6	56.8	62.2	57.5	59.1	63.5	46.7		54.8	61.0	51.6	63.1
VERHÄLTNIS ZU RUSSLAND.....	61.0	54.3	62.5	56.7	65.5	71.3	58.4	69.0	62.9	54.3		53.5	65.0	52.3	67.4
IN DER ENERGIE- POLITIK	57.6	60.2	54.8	56.2	63.3	69.1	57.3	66.6	63.3	54.9		58.8	65.2	52.7	67.9
BEI DER SOZIALEN ABSICHERUNG, DEM SOZIALEN NETZ...	54.8	64.5	56.8	56.0	65.0	75.4	59.6	66.4	63.1	55.4		56.0	64.9	52.7	65.5
WIE DIE EU IN ZUKUNFT AUSSEHEN SOLL.....	61.1	64.0	65.3	65.9	74.3	80.8	62.9	70.2	70.3	58.2		59.3	72.5	48.9	76.8
WIE DIE FLÜCHTLINGE IN EUROPA VERTEILT WERDEN SOLLN.....	94.5	94.0	94.8	94.1	96.8	96.2	96.3	92.6	96.5	92.7		97.6	96.2	93.5	96.1
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0	100.0

Europäische Währung

Zukunft der Europäischen Union

WIE SEHEN SIE DAS GANZ ALLGEMEIN: SOLLTEN DIE MITGLIEDSSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION MEHR BEFUGNISSE UND ZUSTÄNDIG-
 KEITEN AN DIE EUROPÄISCHE UNION ÜBERTRAGEN, ODER SOLLTEN UMGEKEHRT MEHR BEFUGNISSE ZURÜCK AN DIE MITGLIEDSSTAATEN
 ÜBERTRAGEN WERDEN, ODER WEDER NOCH?
 (FRAGE 67)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		AN EUROPAPOLITIK -		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 U. ÄLTER	JAHRE	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	INTER- ESSIERT	NICHT (BESONDERS)
Basis	1221	900	321	585	636	194	236	363	428		665	556	512	703
MEHR BEFUGNISSE AN DIE EU.....	19.2	20.4	14.0	22.7	15.9	20.9	17.2	17.5	21.0		26.8	11.0	30.9	10.9
MEHR BEFUGNISSE AN DIE STAATEN.....	34.8	32.9	43.2	34.7	34.9	29.9	35.4	31.2	40.1		33.7	36.0	31.0	37.6
WEDER NOCH.....	26.2	26.3	25.7	27.0	25.5	24.8	28.5	29.1	23.3		24.2	28.4	22.8	28.6
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE.....	19.8	20.4	17.1	15.5	23.7	24.5	18.9	22.3	15.6		15.2	24.7	15.3	22.9
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0	100.0

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			EURO-KRISE -		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	NÖTIG	IST AUSGE- STANDEN	FLAMMT WIEDER AUF	GEMEIN- SAM- KEITEN	GEGEN SÄTZE
Basis	449	264	91	176	121	88	769	219	822	162		272	595	360	588
MEHR BEFUGNISSE AN DIE EU.....	15.6	22.2	26.6	32.2	18.2	6.5	27.3	6.3	23.0	15.7		29.0	16.0	29.4	14.4
MEHR BEFUGNISSE AN DIE STAATEN.....	38.2	31.7	32.2	17.8	23.9	62.9	26.2	62.6	35.4	39.3		24.9	43.1	24.3	45.1
WEDER NOCH.....	27.3	25.6	21.5	26.3	34.0	19.7	28.5	19.3	24.3	30.5		32.7	24.1	28.3	24.2
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE.....	19.0	20.5	19.7	23.7	23.8	10.9	18.0	11.8	17.3	14.5		13.4	16.8	18.0	16.3
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0	100.0

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	431	159	590	Personen
B	469	162	631	Personen
Insgesamt	900	321	1221	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 385 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 5. bis 18. Januar 2018 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.081

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.081 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Januar 2018			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	18	18	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	20	20	20	20
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	34	34	34	34
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2016

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.081 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Januar 2018			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	62	61	62	61
Nichterwerbspersonen	38	39	38	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	12	12	12	12
Angestellte	40	40	41	40
Beamte	4	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6	6	6
Nichterwerbspersonen	38	39	38	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	51	51	52	52
- Männer	26	26	26	26
- Frauen	25	25	26	26
Ledig	32	32	31	32
Verwitwet, geschieden	17	17	17	16
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	14	14	13	14
- 5 und mehr Personen	5	5	6	5
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2016

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11081
Januar 2018

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

1.	"Zum Thema Europa: T Wenn jemand sagt: 'Europa ist unsere Zukunft'. Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?"	JA, DAS STIMMT..... 1 MEINER MEINUNG NACH NICHT RICHTIG 2 UNENTSCHIEDEN 3
2.	"Wie sehr sind Sie für oder gegen die euro- T päische Vereinigung? Würden Sie sagen ..."	"sehr dafür" 1 "im Großen und Ganzen dafür" 2 "mir ziemlich egal" 3 "im Großen und Ganzen dagegen" 4 "sehr dagegen" 5 WEISS NICHT, KEINE ANTWORT 6
3.	"Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? T Würden Sie sagen ..."	"sehr großes Vertrauen" 1 "großes Vertrauen" 2 "nicht so großes Vertrauen" 3 "kaum, gar kein Vertrauen" 4 UNENTSCHIEDEN 5
4.	"Was glauben Sie: Welchen Einfluss haben politische Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, auf Ihr persönliches Leben, auf Ihren Alltag? Würden Sie sagen..."	"sehr großen Einfluss" 1 "großen Einfluss" 2 "weniger großen Einfluss" 3 "kaum, gar keinen Einfluss" 4 UNENSCHIEDEN 5
5.	INTERVIEWER überreicht grüne Liste 1 ! t "Was meinen Sie: Worum sollte sich die EU derzeit besonders kümmern, was finden Sie besonders wichtig? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." (Alles Genannte einkreisen!)	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / NICHTS DAVON 0
6. a)	"Glauben Sie, dass innerhalb der EU grundlegende T politische Reformen und wichtige Veränderungen nötig sind, oder glauben Sie das nicht?"	GRUNDLEGENDE REFORMEN NÖTIG 1 GLAUBE DAS NICHT 2 UNENTSCHIEDEN 3
b)	"Und glauben Sie, dass es zu grundlegenden Reformen kommt, oder glauben Sie das nicht?"	KOMMT ZU GRUNDLEGENDEN REFORMEN..... 4 GLAUBE DAS NICHT 5 UNENTSCHIEDEN 6
7.	"Was meinen Sie: Sollte Deutschland bei Reformen innerhalb der EU eine führende Rolle einnehmen und Veränderungen vorantreiben, oder sollte sich Deutschland da zurückhalten?"	FÜHRENDE ROLLE 1 ZURÜCKHALTEN 2 UNENTSCHIEDEN 3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>8.</u> T	"Einmal ganz allgemein gefragt: Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"	MEHR VORTEILE 1 MEHR NACHTEILE 2 GLEICHEN SICH AUS 3 WEISS NICHT 4
----------------	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>8.</u> T	"Einmal ganz allgemein gefragt: Was wäre Ihrer Meinung nach für die Zukunft, für die weitere Entwicklung Deutschlands besser: Wenn Deutschland Mitglied der Europäischen Union bleibt, oder wenn Deutschland die Europäische Union verlässt?"	MITGLIED BLEIBEN 1 EU VERLASSEN 2 UNENTSCHIEDEN 3
----------------	--	---

9. a) T	"Wie sehen Sie das: Wie groß ist der Einfluss von Deutschland in der EU? Würden Sie sagen ..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "gar nicht groß" 4 UNENTSCHIEDEN 5
------------	--	--

b)	"Und hat der Einfluss Deutschlands in der EU in den letzten zwei, drei Jahren zugenommen oder abgenommen, oder ist er gleich geblieben?"	ZUGENOMMEN 1 ABGENOMMEN 2 GLEICH GEBLIEBEN 3 UNENTSCHIEDEN 4
----	--	---

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>10.</u> T	"Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland in Europa isoliert ist, also dass Deutschland mit seinen Positionen alleine ist und die anderen Länder gegen Deutschland eingestellt sind, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?"	ISOLIERT 1 HABE NICHT DIESEN EINDRUCK 2 UNENTSCHIEDEN 3
-----------------	---	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>10.</u> T	"Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland im Umgang mit der Flüchtlingsfrage in Europa weitgehend allein steht, oder gehen einige andere oder viele andere europäische Länder ähnlich mit der Flüchtlingsfrage um?"	WEITGEHEND ALLEIN 1 EINIGE ANDERE ÄHNLICH 2 VIELE ANDERE ÄHNLICH 3 UNENTSCHIEDEN 4
-----------------	---	---

An späterer Stelle im Interview:

11. a) T	"Zum Euro: Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung? Haben Sie ..."	"großes Vertrauen" 1 "weniger Vertrauen" 2 "kaum, gar kein Vertrauen" 3 UNENTSCHIEDEN 4
-------------	--	--

b)	"Glauben Sie, dass es in 10 Jahren noch den Euro geben wird, oder haben Sie da Zweifel?"	WIRD EURO GEBEN 5 HABE ZWEIFEL 6 UNENTSCHIEDEN 7
----	--	--

In der repräsentativen Halbgruppe A:

12. T	"Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, Vorteile und Nachteile gleichen sich aus?"	BRINGT VORTEILE 1 BRINGT NACHTEILE 2 GLEICHEN SICH AUS 3 UNENTSCHIEDEN 4
----------	--	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

12. T	"Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"	WÜRD E BESSER DASTEHE N 1 WÜRD E SCHLECHTER DASTEHE N 2 GENAUSO GUT 3 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 4
----------	---	---

13. T	"Wie ist Ihre Meinung: Sollten die Länder der Euro-Zone in der Steuer- und Wirtschaftspolitik mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten sie das nicht tun?"	BEFUGNISSE, ZUSTÄNDIGKEITEN ÜBERTRAGEN 1 SOLLTEN DAS NICHT TUN 2 UNENTSCHIEDEN 3
----------	---	---

14. T	"Glauben Sie, dass die Euro-Krise im Wesentlichen ausgestanden ist, oder rechnen Sie damit, dass die Euro-Krise wieder aufflammt?"	IM WESENTLICHEN AUSGESTANDEN 1 FLAMMT WIEDER AUF 2 UNENTSCHIEDEN 3
----------	--	--

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

15. T	"Noch einmal zum Thema Europa: Würden Sie sagen, unter den Ländern der Europäischen Union überwiegen Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen, oder überwiegen Gegensätze und unterschiedliche Interessen?"	GEMEINSAMKEITEN, GEMEINSAME INTERESSEN 1 GEGENSÄTZE, UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN 2 UNENTSCHIEDEN 3
----------	--	--

16. T	"Wie ist Ihr Eindruck: Wie groß ist ganz allgemein die Solidarität, der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union? Würden Sie sagen, der Zusammenhalt ist..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "kaum bzw. gar nicht vorhanden" 4 UNENTSCHIEDEN 5
----------	---	---

17. t INTERVIEWER überreicht gelbes Kartenspiel und **weißes** Bildblatt 2 !
 "Hier auf den Karten sind einmal einige Bereiche und Themen aufgeschrieben. Bei welchen davon haben die meisten Länder der Europäischen Union große Gemeinsamkeiten bzw. die gleichen Interessen, und bei welchen haben sie große Differenzen, sind unterschiedlicher Meinung? Bitte verteilen Sie die Karten entsprechend auf das Blatt hier. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte beiseite." (Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

GROSSE GEMEINSAMKEITEN/ / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 GLEICHE INTERESSEN: / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

GROSSE DIFFERENZEN/UNTER- / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 SCHIEDLICHE MEINUNGEN: / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

18. T	"Es gibt ja zwei verschiedene Möglichkeiten, wie Europa in Zukunft aussehen soll. Es kann ein gemeinsamer Staat sein mit einer zentralen Regierung und gemeinsamen Gesetzen, oder aber ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten. Was meinen Sie, wie sollte es sein? Sollte es einen gemeinsamen europäischen Staat geben oder ein europäisches Bündnis einzelner selbständiger Staaten?"	GEMEINSAMER EUROPÄISCHER STAAT 1 BÜNDNIS EINZELNER STAATEN 2 UNENTSCHIEDEN 3
----------	--	---

19.	"Wie sehen Sie das ganz allgemein: T Sollten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten umgekehrt mehr Befugnisse zurück an die Mitgliedsstaaten übertragen werden, oder weder noch?"	MEHR BEFUGNISSE AN DIE EU 1 MEHR BEFUGNISSE AN DIE STAATEN .. 2 WEDER NOCH 3 UNENTSCHIEDEN 4
20.	"Die Mitgliedsländer der EU haben sich darauf geeinigt, im Rahmen einer Verteidigungsunion enger bei Fragen von Sicherheit und Verteidigung zusammenzuarbeiten. Wie stehen Sie dazu: Sind Sie für oder gegen eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer im Bereich Sicherheit und Verteidigung?"	DAFÜR..... 1 DAGEGEN 2 UNENTSCHIEDEN 3
21. a)	"Und interessieren Sie sich für Europapolitik, ich meine für die Entscheidungen, die in Brüssel oder im Europäischen Parlament in Straßburg getroffen werden, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH 1 INTERESSIERT MICH WENIGER..... 2 GAR NICHT 3
b)	"Interessieren Sie sich für das aktuelle Geschehen und aktuelle Entwicklungen in anderen Mitgliedsländern der EU, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH 1 INTERESSIERT MICH WENIGER..... 2 GAR NICHT 3 KOMMT DRAUF AN 4

L I S T E 1

- (1) Die wirtschaftliche Krise in der Euro-Zone bekämpfen
- (2) Stärkere Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik
- (3) Bei internationalen Konflikten und Krisen mehr Verantwortung übernehmen
- (4) Die Höhe von Steuern und Abgaben in den Mitgliedsländern einheitlich regeln
- (5) Einheitliche europäische Datenschutzrichtlinien entwickeln
- (6) Die Bildungssysteme und Abschlüsse an Schulen und Universitäten vereinheitlichen
- (7) Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen
- (8) Die Flüchtlinge und Asylbewerber, die nach Europa kommen, ausgewogener auf die Mitgliedsländer verteilen
- (9) Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei über einen möglichen EU-Beitritt wiederaufnehmen
- (10) Bessere Zusammenarbeit der EU-Länder bei der Verhinderung von Terroranschlägen
- (11) Eine gemeinsame Außenpolitik betreiben
- (12) Sich dafür einsetzen, dass wieder über ein Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA verhandelt wird
- (13) Bei den Brexit-Verhandlungen mit Großbritannien die bestmögliche Lösung für die EU aushandeln
- (14) Fluchtursachen bekämpfen, z.B. durch eine gemeinsame Entwicklungspolitik

BILDBLATT 2

Dabei haben die meisten Länder der Europäischen Union -

**GROSSE GEMEINSAMKEITEN,
GLEICHE INTERESSEN:**

**GROSSE DIFFERENZEN,
UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN:**

**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten,
auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war.
Die Interviewer überreichten den Befragten die Karten in
zufälliger Reihenfolge.**

1

Beim Datenschutz

2

Wie die Beziehungen zu
Großbritannien nach dem
Brexit sein sollen

1

2

3

Verhältnis zu Russland

4

Verhältnis zur Türkei

3

4

5

Verhältnis zu den USA

6

Wenn es um militärische
Einsätze zur Lösung
internationaler Krisen geht

5

6.

7

Wie die Flüchtlinge in
Europa verteilt werden
sollen

8

Wie mit Staaten umgegan-
gen werden soll, die als
Steuerparadiese gelten

7

8

6

Beim Umgang mit Korruption

01

Bei der sozialen Absicherung, dem sozialen Netz

9.

10

11

In der Wirtschaftspolitik

12

Wie mit verschuldeten Staaten wie z.B. Griechenland umgegangen werden soll

11

12

13

In der Währungspolitik

14

In der Verteidigungspolitik

13

14

15

Beim Umwelt- und Klimaschutz

16

In der Energiepolitik

15

16

17

Wenn es um Meinungs-
und Pressefreiheit geht

17

18

Bei der Terrorabwehr

18

19

Wenn es um demokratische
und rechtsstaatliche
Prinzipien geht

19

20

Wie die EU in Zukunft
aussehen soll

20